



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

82. Sitzung (öffentlich)

10. Februar 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:20 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Eine Ganztagsoffensive für NRW. Mehr Plätze, mehr Qualität, mehr Bildung!	6
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/14940	
	Ausschussprotokoll 17/1661 (Anhörung vom 08.12.2021)	
	– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen	
	– Wortbeiträge	
	Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/14940 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.	

2 Gesetz über den interkollegialen Ärzteaustausch bei Kindeswohlgefährdung – Änderung des Heilberufgesetzes (HeilBerG) 9

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14280

Ausschussprotokoll 17/1650 (Anhörung vom 01.12.2021)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP Drucksache 17/14280 einstimmig zu.

3 NRW muss eine Strategie für eine eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik entwickeln! 11

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14941

Ausschussprotokoll 17/1673 (Anhörung vom 09.12.2021)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache
17/14941 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD
gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN ab.

4 Aktuelle Lage in der Coronakrise im Kontext des Ausschusses/Quo vadis Kitabetrieb? 24

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

In Verbindung mit:

5 Testsituation von Kindern

Bericht
der Landesregierung

Vorlage 17/6439

In Verbindung mit:

7 Psychosoziale Belastung von Kindern und Jugendlichen während der Pandemie – welche präventiven Ansätze wurden genutzt?

Bericht
der Landesregierung

Vorlage 17/6440

– mündlicher Bericht der Landesregierung

6 Handhabung der praxisintegrierten Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin in den Berufskollegs in Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion)*

44

Bericht
der Landesregierung

Vorlage 17/6412

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 17/6412 zur Kenntnis.

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

begrüßt **Vorsitzender Wolfgang Jörg** Minister Dr. Joachim Stamp, Staatssekretär Herrn Bothe sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung und die Ausschussmitglieder. Der Parlamentarische Krisenstab habe sich auf Abstimmung in Fraktionsstärke zunächst bis zum 19. März 2022 verständigt. Von daher seien heute nicht sehr viele Kolleginnen und Kollegen anwesend.

Er verweise auf die Maskenpflicht. Wer sich im Raum bewege, müsse das mit der Maske tun. Auch gebe es einen Livestream. Die Sitzung werde ins Internet übertragen. Es gebe keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

1 Eine Ganztagsoffensive für NRW. Mehr Plätze, mehr Qualität, mehr Bildung!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14940

Ausschussprotokoll 17/1661 (Anhörung vom 08.12.2021)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung des Antrages an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 09.09.2021)

Dr. Dennis Maelzer (SPD) kommt zunächst auf die Anhörung zu sprechen. Ein Punkt, der sich durch ziemlich alle Ausführungen durchgezogen habe, sei der Wunsch gewesen, dass es einheitliche Qualitätsstandards in der offenen Ganztagsgrundschule geben müsse. Auch nach vielen Jahren habe man noch immer keine gesetzliche Grundlage für die offene Ganztagsgrundschule, weswegen die Qualität von Ort zu Ort sehr unterschiedlich ausfalle. Gerade mit Blick darauf, dass bis 2026 der Anspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule umgesetzt sein müsse, seien diese einheitlichen Qualitätsstandards von besonderer Bedeutung. An der Stelle müsse man auf jeden Fall weiterkommen.

Professor Rauschenbach vom DJI habe deutlich gemacht, dass die Bildungschancen auch vom Zugang zu den Angeboten abhängen würden. Sie müssten möglichst niederschwellig sein, ansonsten verliere man gerade die Familien, die man dringend in diesen Ganztagsangeboten auch erreichen wolle. Das hänge dann natürlich stark vom Angebot ab.

Wenn man – das habe auch die Große Anfrage der SPD-Landtagsfraktion ergeben – weniger als 50 % der Kinder heute in Ganztagsangeboten habe, dann wisse man aber, dass der Bedarf nach Einführung des Rechtsanspruchs eher bei 75 % bis 80 % liegen werden. Der Ausbaubedarf in Nordrhein-Westfalen sei gewaltig. Das müsse gestaltet werden. Das sage die SPD-Fraktion in dieser Legislaturperiode auch nicht zum ersten Mal. Alle Akteure, die für den Ganztagsverantwortlich seien, gehörten an einen Tisch. Man brauche einen Plan, wie dieser massive Platzausbau – bis 2026 seien es nur noch vier Jahre – gestaltet und gestemmt werden solle.

Er erinnere an den Rechtsanspruch U3 im Kitabereich. Da gebe es positive Beispiele, wie das gelingen könne. Diese Beispiele seien aber bislang noch nicht übertragen worden. Wenn man von Ganztags spreche, dann müsse man auch stärker weg von dem Modell vormittags Unterricht, nachmittags Schule kommen, da brauche man eine stärkere Rhythmisierung, da brauche man die Kooperation der unterschiedlichen Anbieter. Vor allem brauche man eine Kooperation der unterschiedlichen Professionen. Auch das sei alles nicht gestaltet, weil erstens die Gespräche nicht geführt würden und zweitens weil man keine gesetzliche Grundlage und vernünftige Standards für den Ganztags habe.

Herr Rauschenberg habe auch ausgeführt, dass man einen stärkeren partizipativen Ansatz mit den Kindern führen müsse. Man müsse sie stärker daran beteiligen, was die Inhalte des Lernens seien. Er habe als Metapher von einer „kleinen Volkshochschule“ gesprochen. Da sei ein sehr schönes Bild gezeichnet worden. Aber das setze auch die Haltung voraus, dass man Kindern nicht nur etwas vorsetze, sondern sie auch wirklich beteiligen wolle.

Im Vorgriff auf einen anderen Tagesordnungspunkt, der unter Punkt 3 diskutiert werde: Gerade im Bereich der OGS – das sei von den Akteuren hervorgehoben worden – müsse die Partizipation ausgebaut werden. In diesem Sinne werbe er um Unterstützung für den Antrag und hoffe, dass man vielleicht schon in dieser Legislaturperiode erste Pflöcke für einen besseren Ganzttag einschlagen könne.

Josefine Paul (GRÜNE) betont, in der Anhörung sei deutlich geworden, dass im Ganzttag vor allem Chancen lägen und dass diese Chancen jetzt ausgestaltet werden müssten. Kollege Maelzer habe darauf hingewiesen, dass der Ausschuss das in dieser Legislaturperiode nicht das erste Mal diskutiere, auch nicht das erste Mal annehme. So richtig der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, der formuliert worden sei, sei, umso dringender werde aber die Ausgestaltung dieses Rechtsanspruches. 2026 sei, wenn man sich der Herausforderung gewahr werde, im Grunde genommen morgen.

In den Stellungnahmen sei sehr deutlich geworden, dass eine große Herausforderung darin liege, dem Fachkräftemangel zu begegnen. Dem Thema habe sich der Ausschuss schon in großer Ausführlichkeit gewidmet. Man brauche eben nicht die **eine** Maßnahme. Das sehe man auch im Kitabereich. Das werde sich noch durch den Rechtsanspruch auf OGS verschärfen. Es brauche ein Maßnahmenbündel. Hier lasse die Landesregierung leider nicht erkennen, dass man dort die entscheidenden Schritte in den letzten Jahren vorangekommen sei. Auch hier müsse mehr getan werden, um auch über den Bereich der zusätzlichen Qualifizierung, über multiprofessionelle Teams, über Quereinstieg, über die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse etc. in einem ganzen Maßnahmenbündel die Frage der Fachkräftequalifizierung aufzunehmen, aber auch der Fachkräfte, die man im System halten wolle, der qualifizierten Menschen, die sich hier engagierten, die aber oftmals an ihre Grenzen stießen aufgrund von Arbeitsbedingungen, die dringend verbesserungswürdig wären.

Das sei insbesondere im Bereich der OGS so. Man habe einen großen Flickenteppich an Finanzierungen, an Standards etc. Dementsprechend hätten die Expertinnen und Experten in der Anhörung deutlich gemacht, man brauche jetzt einen gesetzlichen Rahmen. Wie genau der auszugestalten sei zwischen Ausführungsgesetz und schulgesetzlicher Regelung, das werde noch weiter zu diskutieren sein. Fest stehe aber, es brauche einen festen Rahmen für die personellen und die räumlichen Ressourcen. Es brauche einen festen Rahmen, um Jugendhilfe und Schule auf Augenhöhe auszugestalten.

Es brauche einen festen Rahmen, der auch setze, dass selbstverständlich auch in einer Ganzttagsschule das Fachkräftegebot oberstes Gebot sein müsse. Klar sei auch – das sei auch aus den Stellungnahmen sehr deutlich geworden –; es gehe nicht um die Frage Ganzttag als zusätzliches Betreuungsangebot oder, andersherum gesagt,

auch nicht als verlängerter Schultag, sondern als eine Chance – Kollege Maelzer habe darauf hingewiesen – für eine andere Rhythmisierung, als eine Chance, andere Akteure mehr einzubeziehen: Öffnung ins Quartier, Zivilgesellschaft einbeziehen, die Chancen nutzen, um Schule auch für Jugendhilfe zu öffnen, um hier eine engere Kooperation und Verzahnung zu implementieren.

Dazu gehöre selbstverständlich auch, dass die OGS Teil von Schulkonferenzen sei, dass Leitungen mehr verzahnt werden müssten. All das liege auf dem Tisch. Nicht zuletzt müsse die Frage der Beteiligung auch hier als Chance genutzt werden, Kinder und Jugendliche ganz aktiv in die Gestaltung von Ganztag mit einzubeziehen. Die Elternbeteiligung – da sei zu Recht drauf hingewiesen worden – sei auch ein wichtiger Punkt. Viele in diesem Antrag aufgegriffenen Punkte seien auch durch die Anhörung noch einmal verstärkt worden. Die Herausforderung liege jetzt darin, das schnellstmöglich aufzuholen, was in dieser Legislaturperiode bislang liegengeblieben sei. Man brauche klare Rahmenbedingungen. 2026 sei wirklich demnächst. Man wolle einen qualitativ guten Ganztag. Man wolle Ganztagsangebote für alle Kinder. Dementsprechend müssten jetzt klare Rahmenbedingungen, eine klare gesetzliche Vorgabe erarbeitet werden.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/14940 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

2 **Gesetz über den interkollegialen Ärzteaustausch bei Kindeswohlgefährdung – Änderung des Heilberufegesetzes (HeilBerG)**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14280

Ausschussprotokoll 17/1650 (Anhörung vom 01.12.2021)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, die Kinderschutzkommission, den Rechtsausschuss und den Innenausschuss am 01.07.2021)

Christina Schulze Föcking (CDU) legt dar, sie habe die Anhörung als sehr gut empfunden. Der Gesetzentwurf sei von allen Sachverständigen begrüßt worden, vor allem vor dem Hintergrund, dass jede Woche durchschnittlich zwei bis drei Kinder durch Misshandlung, Missbrauch und Vernachlässigung getötet würden. Die anderen blieben ihr Leben lang traumatisiert. Das könne man in verschiedenen Gesprächen feststellen. Von daher sei es wichtig, den Ärzten vor Ort die Möglichkeit zu geben, dass sie sich interkollegial austauschen könnten.

Vergangene Woche sei sie in einer Kinderschutzambulanz gewesen, wo die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesagt hätten, wie dankbar sie seien, dass ein solches Verfahren auf den Weg gebracht werde und sie ganz legal die Möglichkeit hätten, zum Wohle der Kinder entsprechend zu handeln. Man sichere das Handeln der Ärzte ab, die sich tagtäglich um die Kleinsten kümmern würden, sodass einem Ärztehopping ein Riegel vorgeschoben werde. Ihre Fraktion begrüße den Gesetzentwurf und werde ihm zustimmen.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD) gibt an, auch ihre Fraktion sei sehr froh und dankbar, dass das so zügig auf den Weg gebracht worden sei, nachdem vom Bund aus die Option geschaffen worden sei. Das Thema habe den Landtag schon lange vor dieser Legislaturperiode häufig bewegt. Auch seien die Protagonisten jenseits des Parlaments, wie zum Beispiel der Verein RISKID e.V., nicht müde geworden, dieses dicke Brett zu bohren, was jetzt Erfolg habe. Jetzt werde den Ärzten gegenüber Rechtssicherheit geschaffen, die es ohnehin schon machten, wo es immer so lapidar heiße, wo kein Kläger, da kein Richter, man mache es eh. Das werde jetzt abgesichert. Sie sei sehr froh und hoffe, dass dadurch viele Kinder gegebenenfalls auch eher als Opfer von Gewalt erkannt würden und früher ihr Martyrium beendet werde. Der Gesetzentwurf werde von ihrer Fraktion befürwortet.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/14280 einstimmig zu.

3 **NRW muss eine Strategie für eine eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik entwickeln!**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14941

Ausschussprotokoll 17/1673 (Anhörung vom 09.12.2021)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung des Antrages an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend – sowie an den Hauptausschuss am 09.09.2021)

Vorsitzender Wolfgang Jörg merkt an, der Hauptausschuss habe den Antrag bereits abgelehnt. Die Anhörung solle nun ausgewertet und auch darüber abgestimmt werden.

Jens Kamieth (CDU) wirft ein, der Ausschuss habe den Antrag schon ausgewertet.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) erinnert daran, dass der Ausschuss in der letzten Sitzung aufgrund von Zeitmangel beschlossen habe, den Antrag auf diese Sitzung zu schieben und Auswertung und Beschlussfassung in einer Sitzung zu machen. Da sei die Opposition sehr entgegenkommend gewesen, was das Vorgehen angehe.

In seinem Wortbeitrag wolle er darauf eingehen, welche Themen in der Anhörung nach vorne gestellt worden seien. Lorenz Bahr habe gesagt: Wir glauben, auch für NRW ist eine strukturelle Verankerung einer entsprechenden Jugendstrategie sinnvoll und richtig.

Wenn man in den vergangenen Jahren über das Thema Kinder- und Jugendstrategie gesprochen habe, sei das in der Regel ein Thema des Abwartens gewesen, obwohl man sich parteiübergreifend darauf verständigt habe, dass man dies in dieser Legislaturperiode voranbringen wolle. Die Anhörung habe gezeigt, dass das auch das Ansinnen der kompletten Landschaft sei. Alle, die sich mit diesem Thema intensiver befassen, wollten, dass Nordrhein-Westfalen eine Jugendstrategie, eine Strategie für eine einmischende Kinder- und Jugendpolitik entwickle.

Dazu gehöre auch der Landesjugendring, der davon gesprochen habe, dass er sich sehr über den Antrag der SPD freue. Sie hätten auch betont, dass Kinder und Jugendliche und ihre Anliegen ein Querschnittsthema seien – was nicht nur in diesem Ausschuss, sondern auch in den anderen Fachausschüssen breit und mit unterschiedlichen Beteiligungsformaten diskutiert werden müsse. Es müsse Teil einer Strategie sein, wie man das Thema Beteiligung von jungen Menschen auch außerhalb des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend nach vorne bringe.

Max Fockenberg vom Kinder- und Jugendrat betone auch, dass er froh darüber sei, dass die SPD diesen Antrag eingebracht habe, dass er sich auch eine Jugendstrategie

für Nordrhein-Westfalen wünsche und dass das Ganze nicht nur einzelne Aspekte betreffen dürfe, sondern durch eine Strategie unterfüttert sein müsse.

Auch Herr Dr. Kenner von der Leibniz Universität Hannover habe davon gesprochen, dass er den SPD-Antrag insgesamt sehr befürworte. Christopher Roch von der AGOT habe gesagt, dass er die Inhalte des Antrages voll unterstützen könne. Es habe die spannende Situation gegeben, dass er in der Anhörung sogar Sorge gehabt habe, dass der Antrag zu intensiv, zu umfänglich sei. Offensichtlich habe er Sorgen, dass ein zu umfangreicher Antrag nicht die Breite des Parlamentes erreichen könnte. Er sei aber der Auffassung, dass man, wenn man es mit einer Kinder- und Jugendstrategie ernst meine, nicht nur einzelne Aspekte rauspicken dürfe, sondern dass in der Gesamtheit auch angehen müsse.

Auch der Deutsche Bundesjugendring habe davon gesprochen, dass er den Antrag begrüße und habe noch einmal für eine langfristige und ressortübergreifende Strategie geworben – das sei genau die Richtung, die der Antrag auch einschlage.

Er könne sich noch an die Plenardebatte erinnern, als Sorgen formuliert worden seien, dass beispielsweise ein Kinder- und Jugendcheck zu bürokratisch für Nordrhein-Westfalen wäre, dass er möglicherweise überhaupt nichts bringe. Da habe die Anhörung klar ergeben, nein, ein Jugendcheck, so wie er bereits in anderen Bundesländern gemacht werde, habe einen Mehrwert. Er führe zu mehr Partizipation, er überfordere die gesetzlichen Abläufe nicht, sondern er könne auch dafür sorgen, dass es Anpassungen im Sinne von Kindern und Jugendlichen im Gesetzgebungsverfahren gebe.

Frau Broda habe den Jugendcheck sogar als wichtiges Vorhaben und Türöffner bezeichnet. Von überbordender Bürokratie sei keine Rede. Es sei ein wichtiges Instrument, um die Belange von Kindern und Jugendlichen stärker in Gesetzgebungsprozessen zu verankern.

Was man bei allem bedenken müsse – das habe die Anhörung noch einmal hervorgehoben –: Kindheit und Jugend seien eigenständige Lebensphasen. Das müsse natürlich in einer Kinder- und Jugendstrategie berücksichtigt werden. Es werde unterschiedliche Instrumente geben müssen, wie man speziell die Beteiligung von Kindern und speziell die Beteiligung von Jugendlichen nach vorne bringe. Genau so sei auch der Antrag angelegt.

Er glaube, der Antrag habe die Debatte ein gehöriges Stück weitergebracht. Er wisse nicht, ob der AFKJ eine klügere Entscheidung treffen werde als der Hauptausschuss. Er denke aber, nach dieser Anhörung wäre es angezeigt, im Sinne dieses Antrages weiter in Nordrhein-Westfalen vorzugehen.

Josefine Paul (GRÜNE) unterstreicht, eine solche Landesjugendstrategie wäre ein tatsächlicher Ausweis dafür, Kinder und Jugendliche tatsächlich in den Mittelpunkt stellen zu wollen. Das nehme man sich immer wieder vor. Alle, insbesondere in diesem Ausschuss, redeten dem auch zu Recht das Wort. Trotzdem müsse dem im Endeffekt auch mal etwas folgen. Sie finde es sehr schade, dass angesichts des partizipativen Prozesses, den man miteinander versucht habe in dieser Legislaturperiode zu gestalten, am Ende kein gemeinsames Ergebnis herausgekommen sei. Im Übrigen fänden

es auch die Jugendverbände schade, dass man die Gespräche zwar geführt habe, es am Ende des Tages aber trotzdem ein Auseinanderdriften vor allem der politischen Akteure gegeben habe. Schwarz-Gelb sei mit dem Antrag, dass der Landtagspräsident ausarbeiten möge, wie ein Landesjugendparlament zu gestalten sei, vorgeprescht, etwas, was in der Diskussion noch lange nicht am Ende sei. Es habe aus ihrer Sicht wenig mit partizipativem Ansatz zu tun gehabt, wie Schwarz-Gelb das hier forciert habe.

Die SPD habe sich die Forderungen des Landesjugendrings zu eigen gemacht bzw. die Forderungen des Landesjugendrings nach eine Landesjugendstrategie aufgegriffen. Sie würde sich wünschen, weil das Thema den Ausschuss in der nächsten Legislatur sicher begleiten werde, dass man Ganze noch einmal partizipativer aufsetze. Das hätte sie sich im Übrigen auch vom Ministerium gewünscht. Denn dieser Prozess, der interministeriell auch ausgestaltet sein müsste, sei seitens des Ministeriums in dieser Legislaturperiode leider nicht wirklich angeschoben worden.

Ihre Fraktion werde dem Antrag zustimmen. Sie sei der festen Überzeugung, dass den Ausschuss dieses Thema weiter begleiten werde und dass auch der Ausschuss über die Legislaturperiode hinaus noch sehr viele Gelegenheiten haben werde, den Worten nach mehr Beteiligung auch wirklich Taten folgen zu lassen, beteiligungsorientiert eine solche wichtige Jugendstrategie auf den Weg zu bringen.

Sie könne sich im Übrigen nur dem Kollegen Maelzer anschließen, was die Analyse zum Jugendcheck und was die Rückmeldung an der Anhörung zum Thema Jugendcheck angehe. Das sei auch ein Check für Gesetzesvorhaben etc. in Bezug auf ihre Zukunftsfestigkeit. Auch davon rede man nicht zuletzt in diesem Ausschuss immer wieder. Es wäre gut, das tatsächlich auch systematisch so zu analysieren mit einem Jugendcheckverfahren. Nicht zuletzt wäre es ein wichtiger Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Ihre Fraktion werde dem Antrag zustimmen. Sie glaube, man täte gut daran, den Prozess noch einmal aufzunehmen und in partizipativer Art und Weise gemeinsam mit den Verbänden, gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen, aber auch unter Beteiligung aller Ministerien darüber nachzudenken, wie eine solche Kinder- und Jugendstrategie aussehen könne, wie einmischende Jugendpolitik, die auch einen Impact auf Politik haben könne, aussehen könne.

Jens Kamieth (CDU) führt aus, was die SPD mit dem Antrag hier vorspiegele und auch gerade in dem Wortbeitrag deutlich gemacht habe, sei ein Bild in der Wüste, 50°, die Sonne scheine, überall lägen darbenende Jugendliche herum, die dürsten und mit dem Leben ringen würden, um überhaupt Gehör zu finden. Das sei nicht die Wahrheit. Diese Politik der SPD ziehe sich durch die gesamte Wahlperiode. Er wolle mit Hilfe von Zitaten einiger Sachverständiger auf das eine oder andere zu sprechen kommen.

Man habe heute schon eine Situation, in der es viele politische Jugendorganisationen gebe, in Vereinen, Initiativen, durch gewerkschaftliche, kirchliche Gruppierungen und, und, und. Er verweise auf den Landesjugendring NRW, den Kinder- und Jugendrat NRW, die LandesschülerInnenvertretung NRW, wo sich viele Jugendliche jeden Tag sehr gut in die politischen Diskussionen einbinden könnten, nach vorne gingen und auch Vorschläge machten, mit denen sich die Politik auseinandersetze. Mit vielen der

Vorschläge setze man sich im Ausschuss und in Anhörungen auseinander, weil die jungen Menschen auch politisch gehört würden. Viele junge Menschen seien auch in Anhörungen eingebunden, sie würden zum Teil als Sachverständige angehört. Die kommunalen Jugendparlamente seien gelebte Praxis. Herr Bahr sage dazu, dass 44 Kommunen entsprechende Strategien hervorgebracht hätten. Da tue sich einiges auch in der kommunalpolitischen Basis. Er verweise auf den Jugendlandtag, den der Präsident hier regelmäßig durchführe.

Dann habe man – das sei ein besonderes Instrument, das hier vorbildlich sei, was auch von jedem gelobt werde – den Kinderjugendförderplan. Er sei allein in dieser Wahlperiode von 109 Millionen Euro auf 135 Millionen Euro aufgestockt worden. Das wachse weiter an durch die Dynamisierung. Da finde demokratische Bildung an der Basis statt, wie es sie im ganzen Land noch nicht gegeben habe, was voll des Lobes von allen Beteiligten sei. Das werde alles negiert von der SPD. Dann habe man sich auf den Weg gemacht, ein direkt gewähltes Landesjugendparlament zu gründen.

Frau Kollegin Paul wolle es nicht verstehen. Wenn man sich auf den Weg mache, aus dem politischen Raum heraus durch den Präsidenten des Landtags, wissenschaftlich begleitet, das Jugendparlament auf den Weg zu bringen, dann sei das – davon sei er überzeugt und habe das in vielen Gesprächen in den letzten Wochen und Monaten von Jugendvertreterinnen und -vertretern bestätigt bekommen – eine gute Möglichkeit, ein gutes Ergebnis zu erzielen. Frau Paul kenne die politischen Möglichkeiten gut. Er frage, warum sie keinen Änderungsantrag gemacht habe. Sie hätte jederzeit ihre Idee eines Landesjugendparlamentes einbringen können, das habe sie nicht gemacht. Es sei auch nicht so, dass man den Pfad des gemeinsamen Antrags verlassen hätte.

(Widerspruch von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Es sei nichts mehr gekommen. Das, was CDU und FDP vorgeschlagen hätten, sei in Zweifel gezogen und zerredet worden. Dann seien die Koalitionsfraktionen entsprechend dem Wahlversprechen weitergegangen und hätten etwas Gutes auf den Weg gebracht. Er zitiere Christopher Roch, den neu gewählten Vorsitzenden der AGOT NRW, der sage:

Sehr geehrte Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, Sie gehen ins Restaurant, erhalten die Speisekarte und schauen sich die Speisekarte einmal von vorne bis hinten an. Dann schauen Sie die Kellnerin oder den Kellner an und bestellen einmal alles, die komplette Speisekarte. – So komme ihm dieser Antrag vor, die komplette Speisekarte. Es sei SPD-Politik à la bonne heure: einmal alles für jeden und am meisten und am besten sofort. Das lehne seine Fraktion ab.

Marcel Hafke (FDP) findet es in dieser Debatte im Ausschuss irritierend, dass nie definiert worden sei, was denn Jugendpolitik und was einmischende Jugendpolitik sei. Er habe immer die Hoffnung, dass man darüber spreche, dass sich junge Menschen selber in die Politik einmischen würden, nicht nur Verbände. Die Verbände seien in dieser Legislaturperiode gut finanziell ausgestattet worden. Sie würden – er nehme das Wort von Josefine Paul – einen Impact entfalten. Sie seien regelmäßig in diesem Ausschuss, in anderen Ausschüssen. Sie machten ihren Diskurs, ihre

Veranstaltungen. Sie positionierten ihre Themen. Das sei gut, das sei eine super wichtige Arbeit, die wolle er nicht kleinreden. Sie seien sehr gut finanziell aufgestellt. Sie hätten gute Rückkopplungsmöglichkeiten in ihre eigenen Institutionen und auch auf Landesebene. Er wisse nicht, was daran noch groß verbessert werden solle.

Die zweite Frage sei, was man mit jungen Menschen selber mache, ob sie sich auf Landesebene einbringen wollten, ja oder nein. Auf kommunaler Ebene laufe das viel direkter und viel persönlicher. Da sei man sicher schnell einer Meinung. Auf Landesebene werde darüber diskutiert, wie sich junge Menschen persönlich einbringen könnten. Er habe es den Verbänden aus dem Landesjugendring auch schon ein paar Mal gesagt: Wenn man mit denen spreche, spreche man meistens mit Vertretern der Verbände, Vertretern der Jugendlichen, nicht mit Jugendlichen selber. Wenn sie wollten, dass sie eine einmischende Jugendpolitik hätten, hätte sie die Möglichkeit, mit jungen Menschen hierhin zu kommen und im Parlament darüber zu reden. Das werde nicht gemacht. Das habe auch vielleicht besondere Gründe, warum da immer nur Verbandsvertreter kämen, nicht junge Menschen persönlich.

Schon vor fast zwölf Jahren habe man in diesem Parlament angefangen darüber zu diskutieren, wie man junge Menschen persönlich einbinden und sie beteiligen könne. Da sei die Idee eines Jugendparlamentes entstanden. Nach fast zehn Jahren Diskussion sei man an einem Punkt angekommen, an dem unterschiedliche Haltungen einfach vorlägen, wo Entscheidungen getroffen werden müssten. Sonst diskutiere man noch weitere zehn Jahre. Das habe Schwarz-Gelb gemacht, man habe eine Entscheidung getroffen mit dem Verfahren, das Jens Kamieth gerade skizziert habe. Das möge nicht jedem passen, das sei so. Aber irgendwann müsse man Entscheidungen treffen, damit irgendetwas passiere.

Wenn man einmischende Jugendpolitik ernst meine, könne das im Übrigen ein Element sein, dass man ein Jugendparlament habe, das direkt gewählt sei und in dem sich junge Menschen parlamentarisch einbringen könnten. Wenn man dann feststelle, es funktioniere nicht, dann könne man ja solche Gremien wieder abschaffen oder auch verändern. Das sei das gute Recht, das dann entstehe.

Zum Thema Jugendcheck: Ehrlicherweise überzeuge ihn das nicht. Das könnte man heutzutage in jedem Gesetzgebungsverfahren, das die Opposition anstoße, selber aufnehmen und in den Anträgen, die die SPD skizziere, auch selber skizzieren, was das für Jugendliche bedeute. Er glaube nicht, dass dadurch substantiell eine Veränderung eintrete.

Die einzige Veränderung, die eintreten würde, wäre, wenn in den verschiedenen politischen Gremien auch junge Menschen zu Gehör kämen. Das funktioniere nach seiner Auffassung am ehesten über eine parlamentarische Beteiligung, weil die Verbände schon gut aufgestellt seien. Das habe er im Übrigen auch in der Anhörung im Großen und Ganzen so wahrgenommen. Keiner der Verbände habe gesagt, dass sie selber schlecht aufgestellt wären oder hier kein Gehör finden würden. Den Eindruck habe er nicht. Es sei nur die Frage, was man konkret mit jungen Menschen mache. Das sei der Grund, warum seine Fraktion den Antrag heute in dieser Form auch ablehnen werde.

Frank Müller (SPD) findet es ehrlich von Herrn Hafke zu sagen, das sei eine Entscheidung, die man treffe. Es vermisse auch häufig in anderen Ausschüssen, dass die regierungstragenden Fraktionen das so benennen würden, statt andere verantwortlich zu machen.

An Herrn Kamieth gewandt, fährt Herr Müller fort, keiner habe gesagt, dass nichts passiere, keiner habe eine Wüste beschrieben, die leer sei. Die Einlassungen von Herrn Kamieth würden zeigen, dass ihm jegliche Fantasie fehle, wie man die Beteiligung von jungen Menschen weiterentwickle. Er finde es auch schwierig, wenn man da keinen eigenen Anspruch habe, außer zu sagen, das, was jetzt sei, sei gut. Was gut sei, könne immer besser werden. Er frage sich immer, warum man sich alle fünf Jahre für ein Mandat hier bewerbe, wenn man doch eigentlich schon fertig sei. Politik sei nie fertig. Dinge könnten immer besser werden, immer weiterentwickelt werden. Sonst könnte man sich hier auflösen oder könnte die Arbeit bis zum Ende der Wahlperiode einstellen. Das tue man aus diversen Gründen nicht, weil man immer wieder miteinander besprechen müsse, was man besser machen könne, um mit der Politik auch Menschen zu erreichen, was man ändern könne, damit sie sich unmittelbarer auch beteiligen könnten.

Er habe noch einige Anmerkungen, vorneweg zum Jugendlandtag, der eingeführt worden sei. Er fände es gut, wenn es dieser Fachausschuss hinbekommen würde, zwischen Planspiel und Beteiligung zu unterscheiden. Der Jugendlandtag, so wie er durchgeführt werde, sei ein klassisches Planspiel. Er sei eigentlich kein beteiligendes Element. Wenn man ehrlich sei, passiere auch relativ wenig mit dem, was dort beschlossen werde. Da gehe es eher darum, politische Mechanismen in so einem Planspiel kennenzulernen. Planspiele seien gut, er möge Planspiele. Aber Planspiele seien Planspiele und keine Beteiligung. Deswegen würde er den Jugendlandtag explizit nicht als Beteiligungsinstrument aufzählen.

Wenn gerade gesagt werde, dass man mit den Verbänden rede, auch mit jungen Menschen, die man beraten würde, dass man sie ernstnehme, dann zeige die Einlassung zum Jugendparlament genau das Gegenteil. All diese Menschen, die mit den Politikern gesprochen hätten, hätten gesagt, ein Jugendparlament sei kein geeignetes Instrument, das zu tun, weil es bestimmte Schwächen habe, die man übrigens auch in Parlamenten habe. Er frage, wen man erreiche, wer in einem solchen Jugendparlament sitze, wer da für wen spreche. Es sei zu fragen, ob man die jungen Menschen erreiche, die sich häufig von bestimmten politischen Prozessen nicht angesprochen fühlen. Vielleicht spiele das Jugendparlament nur das nach, was man regelmäßig hier aufführe. Das sei doch kein Anspruch.

Es sei zu fragen, wie ein Jugendparlament überhaupt mit den Beratungen standhalten könne. Ein Ausschuss tage monatlich. Das Parlament tage regelmäßig. Ein Jugendparlament, das nicht monatlich zusammenkomme, das nicht zusammenkomme in den Ausschüssen, was nicht unterlegt sei mit bestimmten Ausstattungen, mit fachlicher Expertise könne in diesem Rhythmus gar nicht tagen. Wenn man ernsthaft junge Menschen beteiligen wolle, dann müsse man auf allen Ebenen sowohl kommunal als auch landespolitisch diskutieren. Man habe den Faden aufgenommen. Herr Hafke habe gesagt, der Faden sei beendet worden, weil man sich nicht habe einigen können. Das

sei ehrlich und richtig. Seine Fraktion habe dem Jugendparlament nicht zugestimmt, weil die SPD erhebliche Zweifel habe, ob man über diese Mechanismen diese Beteiligung erreiche. Wie gesagt, das gelte für alle Ebenen, auch für die Kommune.

Jugendbeteiligung sei nach wie vor in diesem Land keine Pflichtaufgabe. Das basiere auf Freiwilligkeit. Er gebe zu, da müsse man auch mit den Kolleginnen und Kollegen vielleicht im Ausschuss für Kommunales noch mal ins Gespräch gehen, auch mit den kommunalen Spitzenverbänden. Er finde, Jugendbeteiligung müsse ein pflichtiges Element sein. Sie müssten pflichtig befragt werden, sie müssten eingebunden werden in Entscheidungen. Das bekomme man häufig nicht gut hin über Wahlgremien, sondern eher über projektbezogene Themen, die die jungen Menschen interessieren würden. Das sei ein großer Wunsch, den erfülle ein Jugendparlament auf Landesebene nicht, den erfüllten auch viele Jugendparlamente auf kommunaler Ebene nicht.

Es gebe wunderbare Projekte – die würden alle kennen, auch das Ministerium würde sie kennen –, Mitwirkungsprojekte, mitmischen, je nachdem, in welcher Kommune man sei. Da sei es unterschiedlich, wo man auf einer ganz anderen Ebene Zugang habe. Politik werde da oft unmittelbarer wahrgenommen, weil die jungen Menschen die Politik mit entwickeln und begleiten könnten. Sie würden erfahren, dass Politik nicht nur in Gremien oder in irgendwelchen Runden entstehe, sondern dass sie sich unmittelbar auch als Bürgerinnen oder Bürger beteiligen könnten.

Das seien Projekte, die insbesondere junge Menschen erreichen würden, die den Eindruck hätten, sie würden eigentlich nicht gehört. Dieser Frage wende man sich nicht zu, wenn man sich im Prinzip damit rühme, man habe vieles schon erreicht, es gebe viele Ideen und Mechanismen, man werde jetzt noch ein Jugendparlament machen. Damit komme man bei dem Anspruch, diese Menschen zu erreichen, nicht wirklich weiter. Er wünsche sich mehr Verbindlichkeit, mehr Instrumente und wünsche sich auch, das finanziell zu hinterlegen auf allen Ebenen, diese Beteiligungen zu machen. Er finde es sehr schade, dass Herr Kamieth sich gar nicht auf diesen Gedanken einlasse und stattdessen sage, alles sei Quatsch, man habe so viel gemacht, man rede mit allen und dann komme noch das Jugendparlament, dann sei der Drops gelutscht. Das finde er sehr schade.

Er würde sich wünschen, man hätte diese Diskussion viel intensiver geführt, und Betroffene zu Beteiligten gemacht in dieser Debatte. Alle hätten gesagt, das, was hier vorgeschlagen werde, reiche hier nicht. Vielleicht habe man eine neue Chance in der nächsten Wahlperiode, darüber noch einmal ins Gespräch zu kommen, wie man eine echte einmischende Kinder- und Jugendpolitik hinbekomme, die echte Beteiligung ermögliche, auch in einem Rahmen, in dem junge Menschen erleben würden, dass ihr Handeln und das, was sie wollten, auch etwas verändere und bewege. Das, was man jetzt tue, sei häufig Pseudobeteiligung. Das finde er in weiten Teilen unehrlich und sehr schade.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) bedankt sich für den „szenischen“ Einstieg bei Herrn Kamieth, der zumindest für ein wenig Erheiterung gesorgt habe, auch wenn er der Ernsthaftigkeit des Themas nicht immer gerecht worden sei. Zum anderen wolle er sich dafür bedanken, dass Herr Kamieth alle Organisationen noch einmal aufgezählt habe,

die es in Nordrhein-Westfalen gebe und die den Antrag seiner Fraktion unterstützen würden. Er habe über den Landesjugendring gesprochen, über den Kinder- und Jugendrat, über die Jugendverbände. Wenn man der Anhörung zugehört habe oder sich die schriftlichen Stellungnahmen ansehe, dann seien das alles die Verbände, die gesagt hätten, genau in diese Richtung sollte es in Nordrhein-Westfalen gehen. Man sei nicht damit zufrieden, wie der Zustand im Moment in Nordrhein-Westfalen für Kinder und Jugendliche sei. Gut, dass Herr Kamieth das alles noch einmal aufgeführt habe, auch gut, dass er Christopher Roch noch einmal angesprochen habe und ein Zitat von ihm genannt habe.

Er nenne gerne ein zweites, Christopher Roch von der AGOT habe gesagt: „Wir von Seiten der AGOT können die Inhalte des Antrags voll unterstützen.“

Wenn man die Debatte nicht auf die eine Frage verenge, Jugendparlament, ja oder nein?, dann komme man zu dem Schluss, dass die gesamte fachpolitische Szene in Richtung einer einmischenden Kinder- und Jugendpolitik argumentiere. Mit der Geschichtsklitterung, die auch in manchen Wortbeiträgen der Fall zu sein scheine, wolle er aufräumen. Wenn man den Jugendverbänden in jeder Debatte erkläre, auch den Oppositionsfraktionen, für uns heiße Jugendbeteiligung Jugendparlament, ansonsten brauche man über nichts zu reden, dann komme so etwas dabei heraus, dass man mit einem Antrag zu später Abendstunde den Jugendverbänden und allen Akteuren, die sich für diese Ziele einsetzen würden, vor den Kopf stoße, ohne ein einziges Wort zur Ausgestaltung des Instruments nennen zu können.

Das sei auch das Problem in den Jahren gewesen, als man gemeinsam miteinander diskutiert habe. Ziel der SPD sei es gewesen, wie verabredet, über einmischende Kinder- und Jugendpolitik ins Gespräch zu kommen. CDU und FDP hätten die ganze Zeit nur über ein Kinder- und Jugendparlament sprechen wollen. Jedes Mal, wenn die Fragen, die nicht nur von der SPD, sondern insbesondere von den Jugendverbänden gekommen seien, wie das funktionieren solle, wie es ausgestattet sein solle, dann sei darauf keine Antwort gekommen. Am Ende habe man es nicht hibekommen, sondern man habe es einfach dem Landtagspräsidenten vor die Füße geworfen, „mach mal, weil wir es selber nicht hinkriegen“.

Die Debatte sei vollkommen überhöht. Ob zu einer einmischenden Kinder- und Jugendpolitik ein Jugendparlament gehöre, ja oder nein?, das sei nicht die entscheidende Frage. Die entscheidende Frage laute: Wollen wir mehr Partizipation von Kindern und Jugendlichen? Dann werde man einen Instrumentenmix brauchen, dann werde man vor allen Dingen die Beteiligung von jungen Menschen brauchen.

Der Landesjugendring habe einen Fachtag durchgeführt. Alle demokratischen Fraktionen seien eingeladen gewesen, hätten gesagt, das fänden sie richtig gut. Dann habe der Landesjugendring das zusammengefasst, was auf diesem Fachtag diskutiert worden sei. Auf einmal habe es geheißen, stopp, den Weg könne man nicht gemeinsam gehen. Dann sei irgendwann bei Nacht und Nebel der Antrag auf ein Jugendparlament gekommen, ansonsten die klare Aussage, über etwas anderes diskutiere man nicht. Das sei ein riesiger Fehler. Wie die breite einmischende Kinder- und Jugendpolitik angelegt sein könnte, habe dieser Antrag gezeigt. Dass das der CDU alles zu viel sei,

nehme er zur Kenntnis. Aber das werde man auch allen, die ein Interesse daran hätten, dass Kinder und Jugendliche in diesem Land mehr gehört würden, auch sagen.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD) gibt an, weder der Antrag noch die Anhörung hätten ihre Fraktion insofern überzeugt, dass sie zustimmen würde. Dass die Sachverständigen pro Antrag sprächen, sei angesichts der Auswahl der Sachverständigen auch nicht verwunderlich.

Ihre Fraktion sehe sehr wohl auch, dass Kinder und Jugendliche viel mehr wahrgenommen und gehört werden müssten bzw. viel mehr Raum bräuchten, um sich tatsächlich ihrer Lebensphase gerecht entwickeln zu können, ausleben zu können. Ob die einmischende Jugendpolitik, so wie es sich die SPD vorstelle, daran etwas ändern würde, das wage sie zu bezweifeln.

Ein Aspekt, der auch in der Anhörung angesprochen worden sei – im Antrag tauche er auch auf –, sei die Überarbeitung der Gemeindeordnung, dass man erst einmal auf kommunaler Ebene flächendeckend jugendbeteiligende Standards schaffe. Das wäre ein Schritt, zu dem sie sagen würde, das wäre der erste Stein, den man ins Rollen bringe, das erst einmal auf der kommunalen Ebene zu machen, da, wo man als Jugendliche auch vor Ort sei – in der Regel sei man gar nicht so mobil, weil man ja auch tagsüber oder ganztags in der Schule sei – und sich da einbringen könne.

Sie erinnere sich an zahlreiche Gespräche mit jungen Menschen aus den kommunalen Jugendparlamenten, die auch rückgemeldet hätten, häufig hänge es an wenigen Personen, wie und ob das überhaupt mit Leben gefüllt werde. Wenn dann ein Mitarbeiter in Rente gehe, der das sehr engagiert gemacht habe, dann breche da manchmal schon alles zusammen. Das wäre der erste Schritt in die richtige Richtung.

Ansonsten sei es so, egal, ob bei Jugendlichen oder Erwachsenen, auch eine Erwachsenenpolitik erreiche nicht jeden. Auch hier säßen wenig Menschen aus prekären Verhältnissen als Abgeordnete. So sei das bei den Jugendlichen auch. Wer sich da in Verbänden engagiere und später für ein Jugendparlament kandidieren werde, der verfüge vermutlich schon über gewisse Ressourcen und könne sich ein gewisses politisches Engagement, das auch ein gewisser Luxus sei, leisten. Genauso werde man mit der einmischenden Kinder- und Jugendpolitik nur bestimmte Kinder und Jugendliche erreichen, die auch in der Lage seien, das wahrzunehmen. Da sei es fast egal, ob es ein Jugendparlament oder ein Verband sei, in dem man sich engagiere. Aber der Löwenanteil aller Kinder und Jugendlichen, insbesondere derer, bei denen es besonders wichtig wäre, dass man sie höre, werde weder in dem einen noch dem anderen stattfinden.

Von daher halte sie das Ganze für eine Makulatur. Es ändere nichts daran, dass das, was wichtig wäre, wo Jugendliche ihrer Lebensphase gerecht gehört werden könnten, nicht nur als lästiger Störfaktor in der Öffentlichkeit wahrgenommen würden, weiter voranschreite. Sie glaube nicht, dass das eine oder das andere wirklich etwas daran ändern werde.

Zum Jugendcheck: Sie habe die Befürchtung, dass es bei der Gesetzgebung wieder um das Gender Mainstreaming gehe, dann habe man den Jugendcheck, dann komme

demnächst noch der Klimacheck. Dann habe man zehn Parameter, an denen man alles abarbeiten müsse.

(Frank Müller [SPD]: Was ist denn daran falsch?)

Das stelle sie sich extrem bürokratisch vor. Sie finde es überbordend bürokratisch, wenn sie sich vorstelle, dass sie nur noch ideologische Parameter abgrasen müsse, was ist hiermit?, was ist hiermit?, was darf man am Ende noch gestalten? Das sei ihr Fazit.

Jens Kamieth (CDU) stellt heraus, Kollege Müller habe seinen Wortbeitrag durch seine Einlassung bestätigt. Da werde zunächst einmal der Jugendlandtag diskreditiert und schlecht gemacht. Dann würden Fragen gestellt: Wie soll denn das sein? Wie soll denn das sein? Wie wollen wir den und den beteiligen? Das sei genau die Situation in dem Gespräch gewesen.

Deswegen habe seine Fraktion gesagt, man wolle nicht den Eindruck erwecken, dass man im Hinblick auf das Jugendparlament alles besser wisse. Deswegen habe man gesagt, wissenschaftliche Expertise habe noch niemandem geschadet. Deswegen habe man es dem Landtagspräsidenten genauso vorgeschlagen, wie es gemacht worden sei.

Josefine Paul (GRÜNE) meint, Herr Kamieth habe es beschrieben, ob unfreiwillig oder absichtlich. Man sei am Ende des Tages nicht auf einen gemeinsamen Nenner gekommen. Das sei im politischen Raum auch erst einmal in Ordnung. Aber zur Wahrheit gehöre auch, dass man den Fragen, die sich mit der Idee eines Landesjugendparlamentes, zwar nähertreten könne; daran knüpften sich weitere Fragen. Die Fragen hätten nicht nur ihre Fraktion, die Fragen stellten auch die Verbände.

Bei der Frage, wen man um Expertise bitte, habe Herr Kamieth gerade ausgeführt, wissenschaftliche Expertise habe noch nie geschadet. Dem würde sie vollumfänglich zustimmen. Aber bei der Frage, wie man Kinder- und Jugendbeteiligung stärken könne, würde sie neben der Wissenschaft auch Kinder und Jugendliche mal fragen.

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Das sei an dieser Stelle nicht geschehen. Das habe auch zu einer gewissen Irritation geführt. Man sei mit der Idee gar nicht auf einer Linie und habe auch nicht die Fragen der Jugendverbände beantwortet.

(Marcel Hafke [FDP]: Einen Teil!)

Man könne sagen, dass die Jugendverbände nicht die Kinder und Jugendlichen seien. Nichtsdestotrotz seien sie die Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen. Sie seien ein wichtiger Teil davon, sie bündelten Kinder- und Jugendinteressen, sie bündelten im Übrigen auch sehr viel zivilgesellschaftliches Engagement. Sie bündelten viel Kinder- und Jugendarbeit. Dementsprechend sei das wichtig in einem solchen Prozess, was diese Verbände sagen würde.

Die Verbände seien irritiert gewesen, dass nach einem Prozess, den man nicht zu einem gemeinsamen Abschluss habe bringen können, dieser Antrag auf den Tisch gelegt worden sei, ohne noch einmal mit den Verbänden oder mit Kindern und Jugendlichen Rücksprache zu halten. Im Übrigen würde sie interessieren, wie eine solche Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen aussehen könnte, wenn man doch die Instrumente, die im Antrag der SPD, aber vor allen Dingen in der Jugendstrategie, wie sie der Landesjugendring vorgebracht habe, gerade vom Tisch gewischt habe – 1.000 Stimmen, Befragungen, die Überlegung, wie man vor Ort mehr projektbezogene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen machen könne. Das würde dann dazu gehören. Diese Fragen habe man miteinander diskutiert, sowohl in Gesprächen als auch immer wieder hier.

Es sei doch kurz gesprungen, wenn Herr Kamieth sage, am Ende hätte man gar nichts vorgeschlagen. In den Gesprächen habe ihre Fraktion immer deutlich gemacht, in welche Richtung einmischende Jugendpolitik gehen müsse, in welche Richtung man diese Gespräche weiter führen müsse mit Kindern und Jugendlichen, mit den Verbänden. Herr Kamieth habe eine andere politische Auffassung vertreten. Es sei ja in Ordnung, eine andere politische Meinung zu haben. Aber dann könne man nicht sagen, die CDU wäre die einzige gewesen, die eine Idee auf den Tisch gebracht habe. Man habe diese Idee auf den Tisch gelegt. Ihre Fraktion habe die Bedenken deutlich gemacht und sich dieser Idee so nicht angeschlossen, nicht aus grundsätzlicher Ablehnung, sondern weil CDU und FDP nicht in der Lage gewesen seien, die Fragen, die sich daran knüpften, auch nur ansatzweise zu beantworten.

Man habe sie outgesourct an den Landtagspräsidenten, damit man das Wahlprogramm abarbeiten könne und das Koalitionsversprechen einlösen könne. Das sei nicht das, was an der Stelle nach vorne bringe. Sie glaube, man müsse sehr viel intensiver darüber diskutieren – Kollege Hafke habe darauf hingewiesen –, was denn Instrumente sein könnten. Man brauche einen vernünftigen Rahmen, man brauche vernünftige Instrumente. Die Gemeindeordnung sei als Stichwort genannt worden. Da müsse man auch weiterdenken, das tatsächlich auch gesetzlich zu verankern.

Da, wo Dinge gesetzlich verankert seien, gebe es auch eine höhere Verbindlichkeit. Dahin müsse man kommen, damit es nicht vom Goodwill der Erwachsenen abhängt, ob Kinder und Jugendliche beteiligt würden. Man müsse sich fragen, wie man die Kinder und Jugendlichen erreiche. Man müsse sich fragen, was die Themen seien, was die Instrumentarien seien. Man müsse auch selbstkritisch hinterfragen, ob man nicht mit den Ideen immer diejenigen seien, die versuchten, die Kinder und Jugendlichen in die Logik der Erwachsenenpolitik zu bringen, oder ob es gelinge, angesichts dessen, was Kinder und Jugendliche der Politik mit auf den Weg geben wollten, Politik auch so anzupassen an Kinder und Jugendliche und nicht nur das Umgekehrte einzufordern.

Frank Müller (SPD) findet es schön, dass einmal länger über diese Fragen diskutiert werde als immer nur über Corona. Er schätze Herrn Kamieth als Kollegen. Vielleicht spreche man aber nicht dieselbe Sprache. Er finde es nicht in Ordnung – das müsse man hier auch nicht tun, das sei immer sehr wohltuend hier in dem Ausschuss im Gegensatz zum Schulausschuss –, dass man sich nicht untereinander attestiere, man

diskreditiere irgendwas und irgendwen. Er würde darum bitten, dass man beim fachlichen und inhaltlichen Diskurs bleibe.

Es gehe nicht darum, den Jugendlandtag zu diskreditieren. Der mache ihm persönlich Spaß. Als junger Mensch selber habe er im Bundestag teilgenommen, da gebe es auch dieses Planspiel Bundespolitik. Da sei man drei Tage in Berlin. Man sollte dabei bleiben, was es sei: Es sei ein Planspiel. Es sei keine Beteiligung, es sei kein Beteiligungsinstrument. Planspiele müssten nicht schlecht sein. Er führe selber mit jungen Menschen Planspiele durch in seiner Heimatstadt. Sie seien nicht schlecht, deswegen diskreditiere er den Jugendlandtag nicht. Aber es sei kein Beteiligungsinstrument, es sei ein Planspiel, um Mechanismen deutlich zu machen. Es habe diese nachhaltige Wirkung nicht, dass dort Menschen die Politik dauerhaft beraten würden.

Hier gehe es doch um ein anderes Thema, das sollte verbinden. Man könne sich streiten über die Maßnahmen. Man sollte sich aber da auf die Sprache einigen, die man spreche: Was verstehe man unter effektiver Beteiligung? Ob das solche Elemente seien, wie Herr Kamieth sie beschrieben habe, oder ob man das breiter aufstellen müsse. Da vermisse er jegliche Ideen. Es werde gesagt, er habe angeblich nur Fragen gestellt. Er habe drei Kriterien in den Raum gestellt, die wichtig seien: die pflichtige Beteiligung von jungen Menschen, die man regeln müsse miteinander. Man müsse schauen, was das Land, was der Gesetzgeber erwarte, was man als Ziel formuliere, um die Erwartung bis hin in die Kommunen zu transportieren, was Jugendbeteiligung liefern müsse, was man bereit sei, dafür zu geben. Diese Frage müsse man klären.

Das koste am Ende auch Geld, damit nicht das passiere, was gerade beschrieben worden sei, dass derjenige, der sich in dem Bereich engagiere, von der Straßenbahn überrollt werde und das Ganze plötzlich zum Erliegen komme. Das müsse auch verstetigt werden. Beteiligung lebe auch von Verstetigung. Das müsse auch im Commitment vor Ort sein. Das alles zu beschreiben als „Fragen, Fragen, Fragen und keine Antworten“, das finde er nicht in Ordnung.

Einen Satz zu Frau Dworeck-Danielowski: Das wolle er so nicht stehen lassen. Deswegen habe er auch eingeworfen, was daran falsch sei, dass es Prüfkriterien gebe. Er wisse nicht, ob Frau Dworeck-Danielowski Mitglied in einem kommunalen Parlament gewesen sei. Da stehe immer drunter: Auswirkungen auf Haushalt beispielsweise. Das habe nichts mit Ideologie zu tun. Politik müsse immer in den Wirksamkeitsdialog einsteigen. Bei allem, was man entscheide, müsse man prüfen, welche Auswirkungen es habe. Das sei doch das Normalste der Welt. Es habe nichts mit Ideologie zu tun oder mit überbordender Demokratie, dass man sich die Frage stelle, welche Auswirkungen Entscheidungen auf diejenigen haben würden, die sie betreffen.

(Zuruf von Iris Dworeck-Danielowski [AfD])

Daran könne er nichts Kritikwürdiges erkennen. Das als ideologisches Instrument zu beschreiben, finde er abenteuerlich. Das widerspreche genau dem Ansatz, dass Politik immer Wirksamkeit prüfen müsse und sich fragen müsse, was man erreichen wolle und ob man es erreiche, und welche Auswirkungen es auf welche Zielgruppe habe. Das habe nichts mit Ideologie und nichts mit Bürokratie zu tun. Das mache man aus seiner Sicht häufig viel zu wenig. Eigentlich brauche man viel mehr

Bewertungskriterien an der Stelle. Es habe ihn schon geärgert, dass das einfach nonchalant vom Tisch gewischt werde.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/14941 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

4 Aktuelle Lage in der Coronakrise im Kontext des Ausschusses/Quo vadis Kitabetrieb?

In Verbindung mit:

5 Testsituation von Kindern

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6439

In Verbindung mit:

7 Psychosoziale Belastung von Kindern und Jugendlichen während der Pandemie – welche präventiven Ansätze wurden genutzt?

Bericht
der Landesregierung

Vorlage 17/6440

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI) trägt vor:

Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Ich freue mich, dass Sie wieder gesund bei uns sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das MKFFI erfragt wöchentlich die Situation in den 10.600 Kindertageseinrichtungen sowie in den Jugendämtern für die Kindertagespflege. Über die Meldung nach § 47 SGB VIII wird das Infektionsgeschehen beobachtet. Die aktuellen Zahlen zu den Schließungen und Infektionen sind nicht abschließend, da die Zahlen über die Schließungen fortlaufend und teilweise rückwirkend gemäß § 47 SGB VIII gemeldet und in die Listen der Landesjugendämter eingearbeitet werden.

Aufgrund der Omikron-Variante kommt es aktuell auch zu Meldeverzögerungen. Der LVR hat Meldungen bis zum 2. Februar, der LWL bis zum 1. Februar übermittelt. Ähnlich wie die Datenlage im Bereich der Gesundheitsämter wird es auch hier so sein, dass die Datenlage das Infektionsgeschehen nicht mehr vollständig erfasst. Auch deshalb müssen die folgenden Daten zunehmend in diesen Kontext eingeordnet werden.

Durchschnittlich waren im Januar nach den bisher vorliegenden Meldungen an einem Tag montags bis freitags rund 115 Einrichtungen teilweise und rund 55 Einrichtungen komplett wegen Infektionsschutzmaßnahmen geschlossen. Insgesamt waren dies im Schnitt 1,9 % der Einrichtungen.

Im Februar waren durchschnittlich rund 110 Einrichtungen teilweise und rund 33 Einrichtungen komplett geschlossen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen waren in absoluten Werten im Laufe des Januars von den rund 10.600 Einrichtungen 793 Kindertageseinrichtungen teilweise und 269 Kindertageseinrichtungen komplett wegen Infektionsmaßnahmen geschlossen.

Stand Februar: 170 Teilschließungen und 49 Komplettschließungen. 22.151 Kinder und 12.733 Beschäftigte wurden im Januar den Landesjugendämtern als infiziert gemeldet. Im Februar wurden bisher 1.223 Kinder und 286 Mitarbeitende als infiziert gemeldet. Für die fünfte Kalenderwoche – das ist der 31.01. bis 06.02. – meldeten 110 Jugendämter 627 zeitweise Schließungen in der Kindertagespflege wegen Quarantäne. Diese und weitere Angaben finden Sie auch auf unserer Homepage.

Meine Damen und Herren, auch wenn sich die Inzidenzen für Kinder im Vorschulalter, zumindest im Hellfeld, seit zwei Wochen stabil halten, haben wir aktuell eine angespannte Situation in der Kindertagesbetreuung. Kinder sind von Infektionen betroffen, und Angebote der Kindertagesbetreuung stehen vor großen organisatorischen Herausforderungen, zum Teil großartige Improvisation auch in den jeweiligen Einrichtungen.

Viele auch in diesem Ausschuss bewegt daher die Sorge, was eine Infektion mit dem Coronavirus für ein Kind eigentlich bedeutet, im Übrigen auch für die Beschäftigten bedeutet. Mir ist es besonders wichtig, dass wir hier mit Sachlichkeit und Fachlichkeit den Ängsten vor Ort begegnen. Omikron ist ganz anders als alle anderen Varianten zuvor. Ich will das ausdrücklich sagen – Thema Sachlichkeit und Fachlichkeit –, dass ich mit großer Sorge den aktuellen politischen Diskurs – ich mache hier keinen Unterschied zwischen irgendeiner Parteizugehörigkeit – wahrnehme, wie mit unterschiedlichen Messages, mit unterschiedlichen Botschaften hier die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern mit den Bürgerinnen und Bürgern im Dialog sind. Ich glaube, dass erratische Einlassungen in Talkshows nicht dazu geeignet sind, hier die nötige Sachlichkeit und Fachlichkeit und damit auch die Begegnung von Ängsten vorzunehmen. Ich glaube, dass wir hier genau hinschauen müssen.

Es kann nicht sein, dass man sich als Ministerpräsident in einem Bundesland hinstellt und sagt: Ich setze einfach Gesetze, die ich selber mit beschlossen habe, nicht um. Ich glaube, es ist auch nicht hilfreich, wenn laufend von führenden Gesundheitspolitikern auch im Amt unterschiedliche Botschaften in Talkshows vertreten werden. Wir brauchen also mehr Sachlichkeit und Fachlichkeit. Den Anspruch müssen wir selber an uns auch haben. Ich habe daher am vergangenen Montag, den 7. Februar 2022, ein Expertengespräch durchgeführt, in dem Elternvertreterinnen, Gewerkschaften und Träger in den Austausch mit renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern kommen konnten und stellvertretend viele Fragen stellen konnten.

Als Expertinnen und Experten waren geladen Frau Dr. Folke Brinkmann, Oberärztin und Leiterin der Abteilung Pädiatrische Pneumologie in der Universitätskinderklinik des Katholischen Klinikums Bochum, berufen in den Expertenbeirat des Robert-Koch-Instituts, Professor Dr. Tobias Tenenbaum, erster Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie und Chefarzt der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin am Sana Klinikum Lichtenberg, und Professor emeritus Dr. h.c Martin Exner, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene.

Die Expertinnen und Experten sind sich einig, dass schwere Verläufe bei Kindern durch eine Coronainfektion die absolute Ausnahme darstellen. Eine Infektion mit

dem Coronavirus bedeutet auch nicht zwangsläufig, dass ein Kind auch an Covid-19 erkrankt. Bei vielen Kindern verläuft die Infektion symptomlos. Diejenigen, die erkranken, haben in aller Regel einen milden Verlauf mit grippalen Infekten, Husten und Schnupfen, oftmals milder als bei anderen uns bekannten Atemwegserkrankungen. Dies bestätigen auch Surveys zum Aufenthalt von Kindern in Krankenhäusern. 60 % der Kinder mit einer Coronainfektion in Krankenhäusern sind Kinder unter einem Jahr, oft weil Säuglinge zur Abklärung von Symptomen eher in ein Krankenhaus gebracht werden, weil man dort auf Nummer sicher gehen möchte. Das betrifft auch Frühgeborene, wo man besondere Sorgfalt walten lässt.

Die allermeisten Kinder verlassen das Krankenhaus bereits wieder nach ein oder zwei Tagen Aufenthalt. Zudem gibt es eine Vielzahl an Fällen von Kindern, die zwar mit einer Coronainfektion in ein Krankenhaus eingeliefert werden, nicht aber wegen der Symptome einer COVID-19-Erkrankung, die Infektion also gar nicht der Auslöser für den Krankenhausaufenthalt war. Das ist übrigens etwas, was wir bei der gesamten Omikron-Betrachtung von Hospitalisierungen berücksichtigen müssen, dass wir von vielen Krankenhäusern die Rückmeldung haben, dass es ausgesprochen bedauerlich ist, dass es insgesamt der Gesundheitspolitik in Deutschland bis heute nicht gelungen ist, eine Unterscheidung zu treffen, ob jemand mit oder wegen einer Infektion hospitalisiert ist.

Die bisherige Studienlage legt zudem nahe, dass Long COVID insbesondere für unter Sechsjährige im Vergleich zu Erwachsenen eine sehr untergeordnete Rolle spielt. Ebenso ist auch PIMS ein Phänomen, das extrem selten Kinder im Vorschulalter betrifft. Auch das ist hier immer wieder angesprochen worden. Deswegen haben wir auch extra an dieser Stelle noch einmal nachgefragt, weil das auch etwas ist, womit wir verantwortlich umgehen müssen.

Entscheidend ist, dass gesundheitliche Schäden von Kindern abgewendet werden. Maßnahmen zur Reduktion von Infektionen wie eine präventive Testpflicht oder die Einschränkung von Betreuungszeiten müssen daher mit ihren potenziellen Schäden abgewogen werden, auch mit der Frage: Was kann man überhaupt an Nutzen erzielen?

Die Expertinnen und Experten haben dabei deutlich gemacht, dass Einschränkungen im sozialen Leben der Kinder vermehrt zu Adipositas, seelischen Erkrankungen und Suchtverhalten führen. Diese Risiken übersteigen die Risiken einer Coronainfektion um ein Vielfaches. Sie lehnen derartige Maßnahmen daher übereinstimmend ab. Die uns bislang vertrauten Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus zielten in erster Linie darauf ab, dass die Verbreitung des Virus stark eingedämmt wird, dass sich ältere und vorerkrankte Menschen nicht infizieren.

Durch das Vorhandensein wirkvoller Impfstoffe und die grundsätzlich geringere Krankheitslast der Omikron-Variante erscheinen Einschränkungen im Bereich der Kindertagesbetreuung aus diesem Grund nicht mehr erforderlich. Zudem – auch das bestätigen uns die Experten – wäre der Einfluss auf das gesamte Infektionsgeschehen durch derartige Maßnahmen gering.

Wir müssen die Tatsache akzeptieren, dass die meisten von uns früher oder später in Kontakt mit dem Virus kommen werden. Es sind daher in der aktuellen Situation nicht die Kinder, sondern die Erwachsenen gefordert. Erwachsene Menschen sind für ihren vollständigen Impfschutz selbst verantwortlich. Wir sollten alle, die wir hier beieinander sind, alle, die uns im Stream zugeschaltet sind, bei jeder Gelegenheit die Initiative ergreifen, um aktiv für Impfen und Boostern zu werben.

Für den Fall einer Infektion ist bereits mit einer ersten Impfung – noch einmal die herzliche Einladung an alle Ungeimpften – mit einem deutlich milderem Verlauf einer Coronainfektion zu rechnen. Impfung und Boosterung schützen auch die Beschäftigten in der Kindertagesbetreuung vor schweren Verläufen, und – auch das haben wir noch einmal bewusst nachgefragt – sie schützen sie auch vor Long COVID. Das haben uns die Wissenschaftler übereinstimmend so bestätigt.

Über den Inhalt dieses Expertengesprächs werde ich zeitnah auch die Träger, die Beschäftigten in den Kindertageseinrichtungen, die Kindertagespflegepersonen und die Eltern mit einem weiteren Ministerschreiben informieren. Auch unsere FAQs werden wir dabei weiter aktualisieren.

Abschließend möchte ich noch auf die aktuelle Situation in den Kommunen eingehen, die mit den PCR-Pooltests eine eigene Teststrategie verfolgen. Wie Sie wissen, bieten wir den teilnehmenden Kommunen bereits an, kurzfristig in das Liefer-system des Landes zurückzukehren, sich zu beteiligen an dem Testregime, das wir anbieten, mit drei hochsensiblen Antigentests, die wir den Einrichtungen zur Verfügung stellen, die die Eltern mit nach Hause nehmen und die Kinder zuhause testen.

Die PCR-Pooltests sind bis zu einer gewissen Inzidenz ein gutes Werkzeug. Diese Suche kann man vergleichen mit der Suche nach einer Nadel, die irgendwo in einem von vielen Heuhaufen versteckt war. Mit dem PCR-Pooltest haben wir zunächst geschaut, welchen Heuhaufen wir eigentlich durchsuchen müssen, um die Nadel zu finden. Jetzt haben wir aber die Situation, dass wir nicht nur eine Nadel suchen, sondern Dutzende, und wir ohnehin gleich mehrere Heuhaufen durchsuchen müssen. Ich finde, das ist ein Bild, das es vielleicht gut darstellt.

Der zusätzliche Nutzen der PCR-Pooltests fällt damit bei hohen Inzidenzen geringer aus. Auch deshalb habe ich den teilnehmenden Kommunen einen Umstieg angeboten. Wir pflegen auch vom Ministerium mit den Kommunen einen persönlichen Dialog. Ich sage aber auch, das ist auch wichtig, weil wir keine Verunsicherung jetzt wieder in die gesamte Kitalandschaft bringen wollen. Wir unterstützen in jedem Fall weiterhin die Kommunen, die den PCR-Pooltest sinnvoll und in eigener Verantwortung weiterführen können und wollen.

Gerne führe ich ergänzend zum schriftlichen Bericht zu TOP 5 noch aus: Derzeit haben 41 Jugendämter eine eigene Teststrategie. Dortmund ist, wie berichtet, ausgeschieden, aber Remscheid, Pulheim und Overath haben mit eigener Teststrategie zum 7. Februar begonnen. Nach den Vereinbarungen werden damit insgesamt ca. 223.000 Kinder in Kindertageseinrichtungen die PCR-Pooltests ermöglicht. Das entspricht einem Anteil von 33 %. Wir werden weiterhin die Teststrategie fortwährend prüfen und auch gegebenenfalls anpassen.

Wir warten seit geraumer Zeit – das ist sowohl für uns als auch im Übrigen für das Schulministerium ausgesprochen unerfreulich – auf die längst angekündigte neue Testverordnung des Bundes. Zudem tauschen wir uns weiterhin fortlaufend mit Wissenschaft und Kinderärztinnen und Kinderärzten aus, bis zu welchem Zeitpunkt die anlasslose Testung von Kindern ein geeigneter Beitrag zur Pandemiebekämpfung ist. Wir sind also im permanenten Austausch mit Kinderärztinnen und Kinderärzten und der Wissenschaft. Wir werden uns genau anschauen, was die Testverordnung des Bundes, wenn sie denn kommt, beinhaltet und dementsprechend dann auch sofort reagieren und Sie dann auch hier gerne jederzeit darüber informieren.

Vorsitzender Wolfgang Jörg hält fest, da sei eine Menge Informationen gegeben worden. Er frage den Minister, ob er den Text den Fraktionen zur Verfügung stellen könne.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI) antwortet, das könne er gerne machen. An der einen Stelle, was den allgemeinen öffentlichen Diskurs betreffe, habe er frei gesprochen.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) bedankt sich für den Bericht. In der Tat gebe es eine Menge Punkte, an die man anknüpfen sollte. Der Herr Minister sei eingangs darauf eingegangen, wie viele Kitas aufgrund von Infektionsschutzmaßnahmen geschlossen seien. Wichtig für den politischen Diskurs wäre es auch zu erfahren, wie viele Kitas insgesamt von Schließungen und Einschränkungen betroffen seien.

Der Minister habe die 12.700 Beschäftigten angesprochen, die alleine im Januar im Hellfeld seien und positiv getestet worden seien, die dann für die Kinderbetreuung ausfallen würden. Gleichzeitig habe man aufgrund des hohen Drucks, unter dem die Beschäftigten stünden, einen hohen Krankenstand, unabhängig von dem Thema Corona. Er höre aus den verschiedensten Bereichen, dass an einen Regelbetrieb kaum noch zu denken sei, dass sehr viele Einrichtungen mit Einschränkungen oder sogar Schließungen arbeiten müssten. Der Minister präsentiere mit den Zahlen, die er genannt habe, nur einen kleinen Ausschnitt davon. Die Problemlage in den Kitas seien um einiges größer.

Jetzt habe er viel davon gehört, dass der Minister beobachte, Gespräche führe, dass diskutiert werde und dass der Minister nicht die Notwendigkeit für zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen sähe aufgrund der Rückmeldungen, die er erhalte.

Die Rückmeldungen, die seine Fraktion allerdings aus Kitas erhalte, seien andere. An der Stelle wolle er an das Alltagshelferprogramm erinnern. Es gebe einen großen Unmut darüber, dass das nur in reduzierter Form wieder aufgelegt worden sei.

Er habe sich letzte Woche mit Frau Sonja Puls getroffen, Frau Puls arbeite als Küchenkraft in einer Kita, habe auch das Alltagshelferprogramm genutzt, als es das erste Mal aufgelegt worden sei. Sie hätte es jetzt gerne weiter genutzt. Die Kinder hätten sich gefreut, wenn die Frau es hätte weiter nutzen können. Die Eltern, die ihn angeschrieben hätten, hätten sich gefreut, wenn sie es weiter hätte nutzen können. Es seien

die Vorgaben des Ministeriums, die das verhindern würden. In dem Alltagshelferprogramm werde ausgeschlossen, dass es zu Aufstockungen komme. Dafür dürften die Mittel nicht verwendet werden. Das habe das Ministerium den Eltern, die es angeschrieben hätten, übermittelt. Das Programm sei dafür gedacht, neue Kräfte einzustellen und nicht für diejenigen, die aufstocken wollten, die bereits in der Kita arbeiteten. Formulierung des Ministeriums sei es gewesen: Damit sollen neue Kräfte gewonnen werden, damit soll nicht aufgestockt werden. Diesen Punkt habe seine Fraktion frühzeitig thematisiert.

Als man im Ausschuss darüber gesprochen habe, habe der Minister gesagt, er würde nur Fragen beantworten, die er für sinnvoll halte. Er habe gefragt, warum da nicht mehr die Größenordnungen von früher an Geldvolumen drin seien, sondern nur noch 47,3 Millionen Euro. Das habe der Minister nicht beantworten wollen, obwohl es genau zu diesen Auswirkungen komme, die von den Einrichtungen beschrieben würden. Das sei auch nicht die einzige Einrichtung, die sich an die SPD gewandt habe. Da jetzt so überrascht zu tun, während das Haus selber schriftlich entsprechend geantwortet habe, sei schon überraschend.

In dem Gespräch mit den Eltern sei der Wunsch geäußert worden, die Teststrategie verbindlich zu machen. Es sei der Wunsch der Kitaeltern gewesen, es sei der Wunsch des Jugendamt-Elternbeirates. Aber der Minister verweigere sich an der Stelle, das vor Ort möglich zu machen. Er halte das für einen großen Fehler.

Der Minister habe eben über die PCR-Strategie gesprochen. Er halte es für bemerkenswert, dass es da ein unterschiedliches Vorgehen in Nordrhein-Westfalen bei den Kitas und bei den Schulen gebe. In dem Bericht sei zu lesen: Wenn ein PCR-Pool positiv sei in der Kita, dann müssten Eltern einen negativen PCR-Test beschaffen. Jetzt könnte man sagen, man sei sehr besorgt, man wolle maximale Sicherheit. Das Argument würde er nachvollziehen können. Aber er könne das Argument nicht nachvollziehen, wenn man für die offene Ganztagschule sage, da reiche ein Schnelltest. Dieses unterschiedliche Vorgehen an Kitas und Schulen sei logisch niemandem zu vermitteln.

Er habe den Eindruck – darum biete die Landesregierung ihre Teststrategie wie Saubier an –, man wolle, dass die PCR-Teststrategie in den Kommunen nicht weiter funktioniere. Dieses unterschiedliche Vorgehen halte er für nicht vermittelbar und auch gegenüber den kommunalen Partnerinnen und Partnern nicht für den richtigen Ansatz.

Die Ungleichbehandlung zwischen Schulen und Kitas verstünden vor allen Dingen die Erzieherinnen und Erzieher nicht. Sie verstünden auch nicht, warum Lehrerinnen und Lehrern ein Coronabonus gezahlt werde, und sie, die genauso belastet seien in der Coronapandemie, keinen Coronabonus erhielten.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Das sei wieder der Sack voll Gold, von dem offensichtlich die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen vermute, dass er irgendwo im Keller von Kitas versteckt sei. Im Übrigen empfehle er Herrn Hafke, sich zu Wort zu melden, dann könne er ohne Unterbrechung seinen Wortschwall fortsetzen.

Die Vermutung sei da, dass da ein großer Sack von Geld irgendwo im Keller sei, um das alles finanzieren zu können. Politik sei dafür verantwortlich, diese Unterstützung den Kitas auch zu geben. Und genau das mache die Landespolitik nicht, obwohl im Kitarettungsschirm ausreichend Mittel dafür zur Verfügung stünden.

Vielleicht gehe es auch darum, dieses Dunkelfeld nicht noch weiter auszuleuchten, um es zum Hellfeld zu machen. Der Minister habe eben die Worte, „wir wissen im Hellfeld, wie viele Infektionen es gebe“, verwandt. Er habe auch die Inzidenzen bei Kindern angesprochen, die zurzeit stabil wären. Marcel Hafke habe in der letzten Sitzung beantragt, dass der Ausschuss immer darüber informiert werde, wie hoch die Inzidenzen bei Kindern seien. Vielleicht könne der Minister gleich hinterlegen, wie hoch die Inzidenz bei Kindern sei.

(Marcel Hafke [FDP]: Jeder Abgeordnete kriegt das!)

– Nein, das stimme nicht. Von daher wäre es gut, wenn man das an der Stelle noch einmal ausführen würde. Auch bitte er den Minister zu erklären, ob die Aussage eben, man prüfe, wie lange es noch sinnvoll sei, Tests mit Kindern anlasslos durchzuführen, jetzt die Vorbereitung für den Ausstieg aus einer Teststrategie für die Kitas in Nordrhein-Westfalen sei. Die Aussage sei, die PCR-Tests finde man nicht mehr gut, wenn sie in Kommunen gemacht würden. Wenn die Kommunen das machen wollten, sollten sie es machen. Man lege ihnen aber eher Steine in den Weg, weil man sie dazu verpflichte, anders als bei Schulen, PCR-Freitestungen zu machen. Wenn man dann gleichzeitig erkläre, man prüfe, wann man überhaupt aus den Testen aussteigen könne, dann klinge das für ihn sehr stark nach der Vorbereitung, dass es überhaupt keine Unterstützung mehr für die Kitas in dieser Pandemielage geben solle.

In den Gesprächen, die er mit Eltern führe, komme man zu einem anderen Schluss. Die Eltern wünschen sich eher eine Verbindlichkeit als den Ausstieg aus einem Testregime. Er finde, diese Eltern sollte man genauso ernst nehmen wie die Minderheit, die dem Testen sehr kritisch gegenüberstehe.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI) möchte direkt auf die verschiedenen Einlassungen eingehen, da hier unterschiedliche Aspekte angesprochen worden seien. Es sei schade, dass Herr Dr. Maelzer die regelmäßigen Informationen, die an die Abgeordneten versandt würden, nicht kennen würde.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ich habe den Antrag Ihrer Fraktionskollegen genannt!)

Es gehe nicht darum, was er oder eine Minderheit von Eltern wollten. In einer schwierigen Situation, in der die Familien mit unterschiedlichen Botschaften in den Medien, zum Teil auch aus politischen Gründen verunsichert würden, habe die Landesregierung im engen Austausch mit den Kinderärztinnen und Kinderärzten und der Wissenschaft, mit dem renommiertesten Mann für Infektiologie überlegt, wie die Maßnahmen fortgesetzt werden müssten. Es gehe nicht darum, dass ihm irgendetwas nicht passe, was ihm teilweise unterstellt worden sei, sondern es gehe darum, was aus wissenschaftlicher Sicht notwendig und richtig sei, um nichts anderes. Er habe gesagt, man sollte hier sachlich und fachlich sprechen.

Er habe in dieser Pandemie auch an der einen oder anderen Stelle nicht alles richtig einschätzen können. Er habe damals vom Tag der Eigenverantwortung gesprochen, verknüpft mit dem notwendigen Impfstand, der dafür notwendig gewesen wäre. Er habe deswegen ein Datum genannt. Das habe er auch öffentlich eingeräumt. Er hätte es gut gefunden, auch für die eigene persönliche Glaubwürdigkeit, wenn Herr Maelzer einmal eingeräumt hätte, dass er mit dem, was er mantraartig über Wochen und Monate in der Delta-Phase vorgetragen habe, etwas verlange, was in der Praxis völlig unmöglich gewesen sei – das habe er regelmäßig gesagt –, nämlich PCR-Pooltests auf alle Kitas zu übertragen. Wenn man das gemacht hätte, wäre das System zusammengebrochen. Es wäre in der Delta-Phase katastrophal gewesen, weil man es mit einer viel aggressiveren Variante zu tun gehabt habe.

Er habe auch eine Weile gebraucht, bis er das für sich richtig übersetzt habe. Zunächst einmal sei es unklar gewesen, wie das mit Omikron sei. Es sei jetzt so, dass die Wissenschaft deutlich darüber informiere, dass man es mit einem völlig anderen Phänomen zu tun habe. Dementsprechend müssten auch die Maßnahmen anders gestaltet werden.

Dennoch sei die Situation so, dass man den Kommunen, die es weiterhin möchten, die finanzielle Entschädigung für die PCR-Pools ermögliche, umgekehrt man ihnen aber genauso anbiete, in das System des Landes, das die Landesregierung für geeigneter halte, umzusteigen. Das liege jetzt in der Verantwortung der jeweiligen Kommune, und es gebe beide Möglichkeiten, die sie wählen könnten.

Herr Maelzer habe zu Recht darauf hingewiesen, dass die Einrichtungen nicht nur wegen Corona-Infektionsschutz geschlossen seien, man habe wie in jedem Winter immer auch noch die anderen Erkrankungen, die zum Teil jetzt viel stärker durchgeschlagen seien, weil sie länger nicht mehr vorhanden gewesen seien und sich jetzt den Weg brächen. Deshalb habe man in den Situationen vor Ort große Schwierigkeiten. In vielen Einrichtungen laufe es auch problemlos. Aber es gebe Störungen im System. Darauf habe er eben im Bericht hingewiesen. Das sei völlig klar. Es gehe auch nicht darum, da etwas kleinzureden. Er habe vorhin auch deutlich gesagt, wie großartig die Improvisation vor Ort in den Einrichtungen gestaltet werde.

Man stelle darüber hinaus entgegen den ursprünglichen Absprachen mit den Trägern noch einmal Alltagshelfer zur Verfügung. Es sei im Übrigen auch in diesen Wochen ohne weiteres möglich, aus den bestehenden Mitteln für pädagogisches Personal Aufstocker zu finanzieren.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

– Dr. Maelzer habe von der Person gesprochen, er habe von der Situation der Eltern gesprochen und der Kinder, die alle die Dame mögen würden. Er habe aber nicht gesagt, wie der Träger dazu stehe.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Er will das auch!)

– Er mache das konkrete Angebot, das Ministerium werde diesen Fall gemeinsam mit Dr. Maelzer besprechen und werde mit der Einrichtung klären, warum die Einrichtung nicht in der Lage sei, die Stelle aufzustocken. Dann könne man das genau auflösen.

Per Erlass sei längst klargestellt, dass das möglich sei. Dann werde man genau diesen Fall mit Hilfe von Dr. Maelzer aufklären. Dann werde man sicherlich für die Dame die entsprechende Lösung finden.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD) hält fest, die Entwicklung sei sehr erfreulich und positiv. Nach den Wochenberichten vom MAGS sei die Anzahl der beatmeten Covid-Patienten stark zurückgegangen. In Peak-Zeiten habe die Zahl bei über 800 gelegen, jetzt sei man gerade bei 232. Auch die Berichte über die Hospitalisierungen und die Inzidenzen von Kindern und Jugendlichen seien positiv. Nach der letzten Meldung seien acht Kinder intensivmedizinisch behandelt worden, allerdings gebe es auch den Hinweis, dass man nicht wisse, ob tatsächlich die Erkrankung ursächlich dafür sei oder nicht. Man könne davon ausgehen, dass alle Kinder, die im Krankenhaus lägen, relevante Vorerkrankungen gehabt hätten. Nach dem letzten Bericht seien es sogar nur noch drei gewesen.

Herr Minister habe in seinem mündlichen Bericht angesprochen, dass aus dem medizinischen Bereich beklagt werde, dass die Politik nicht differenziere, ob die Coronainfektion oder -erkrankung ursächlich für die medizinische Behandlung im Krankenhaus sei oder nicht. Mit Blick auf den Kinder- und Jugendbericht habe sie sich gefragt – vielleicht sei Herr Stamp im Austausch mit dem Gesundheitsminister –, wieso man das bei acht oder drei Kindern nicht herausfinden könne. Das stelle sie sich überschaubar vor. Ein Mitarbeiter des Ministeriums müsse doch einfach die entsprechenden Kliniken anrufen und das herausfinden. Das seien ja nicht Hunderte oder Tausende, sondern man spreche von drei beziehungsweise acht Fällen. Warum man das nicht mache, statt dessen auf einer halben Seite im Bericht schreibe, dass man das leider nicht wisse und ermitteln könne und dass deswegen alles mit Vorsicht zu genießen sei, das habe sich ihr nicht erschlossen.

Darüber hinaus finde sie persönlich den Ansatz, den Gedanken, ob die nicht anlassbezogene Testung jetzt unter den neuen Gegebenheiten mit Omikron Sinn mache oder nicht, sehr vernünftig. Sie sei eine betroffene Mutter. Dr. Maelzer sehe das offensichtlich anders. Er spreche nur mit Eltern, die sich noch mehr Tests wünschen würden. An ihrem Kindergarten habe sie drei positive Pooltests erlebt. Nichts sei mehr möglich, das sei schlimmer, als es in der schlimmsten Deltazeit in den Schulen und in den Kitas gewesen sei. Diese unterschiedliche Handhabung könne man keinem mehr erklären. Es gebe positive PCR-Pooltests an den Schulen, sie müssten mit einem Antigentest aufgelöst werden, könnten gar nicht aufgelöst werden, weil die Antigentests zum Beispiel nicht mehr anschlügen.

Das habe sie dies Woche bei ihr in der Schule erlebt. Es werde getestet, getestet. Man könne den Pool nicht auflösen, oder in der Kita finde nichts mehr statt. Die Vorschulgruppen fänden nicht statt, nichts finde statt, weil ständig ein Cluster positiv sei und erst einmal alle wieder nach Hause müssten. Der Betrieb sei noch nie so gelähmt gewesen, wie er es aktuell sei aufgrund dessen, dass Omikron sich sehr viel weiter verbreite, aber keines der Kinder sei krank. Das gehört auch zur Wahrheit dazu. Ganz davon abgesehen, gebe es auch ein Impfangebot für Kinder ab fünf Jahren mittlerweile, wenn Eltern denn so große Sorge hätten.

Vor dem Hintergrund müsse man überdenken, ob es Sinn mache, Kinder in dem Alter trotzdem konsequent zwei- bis dreimal die Woche zu testen, wenn alle sowieso symptomlos seien. Sonst würden sie ja die Kita oder die Grundschule gar nicht betreten.

Die unterschiedliche Handhabung, insbesondere auch in den Grundschulen, dass man erst den PCR-Pooltest mache, um ihn anschließend mit einem Antigen-Schnelltest aufzulösen, halte sie persönlich wirklich für hanebüchen. Da hätte man auch von vorneherein nur den Antigen-Schnelltest nehmen können und sich den PCR-Pooltest sparen können. Dann hätte man sowieso sofort das Ergebnis und müsse nicht erst einen Pool auswerten und könnte die Labore entlasten, zum Beispiel für Pflegekräfte und andere. In der Tat sei da, glaube sie, Luft nach oben.

Bei dem, was man jetzt an Testsituationen habe, habe sie das Gefühl, dass das in der Praxis deutlich unpraktikabler und chaotischer sei, auch für die Eltern eine deutlich größere Herausforderung, als es vorher der Fall gewesen sei. Hier sei man ja noch relativ privilegiert. Sie frage sich, wie das eine Arzthelferin mache, die zwei Kinder im Kindergarten habe, wie sie das hinbekomme, ob sie jeden Tag ihrem Chef sagen könne, heute könne sie nicht kommen, heute komme sie zwei Stunden später, sie müsse erst warten, dass der Test ausgewertet werde. Sie wisse nicht, ob sie am kommenden Tag kommen könne. In der Nacht bekomme sie irgendwann eine SMS aus dem Labor. Das sei doch verrückt. Das könne man doch nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag so weiter durchdeklinieren.

Hier hätten die Menschen es sehr gut, aber viele Menschen, die einen normalen Präsenzberuf ausüben müssten, vielleicht auch mit einem Chef, der da nicht so kulant sei, weil sein Betrieb zusammenbreche, wenn die Arzthelferin nicht da sei, bringe man in große Schwierigkeiten. Das führe letzten Endes auch zu nichts, weil gar keiner krank sei. Sie komme auf ihre Frage zurück, ob der Minister eine Rückmeldung geben könnte, warum das Gesundheitsministerium das nicht ermitteln könne.

Josefine Paul (GRÜNE) bedankt sich für den Bericht. Sie glaube im Sinne dessen, was der Minister immer wieder anführe, dass man dahinkommen müsse, die Gesamtlage mehr zu betrachten – nicht allein die Frage von Infektionen, von Inzidenzen, nicht rein die Lage von Kitaschließungen aufgrund von Coronaausfällen in den Blick zu nehmen, sondern insgesamt das System, das mittlerweile mit Corona on top noch belasteter sei, als es schon vorher gewesen sei. Deswegen wäre es gut, auch das Monitoring etwas detaillierter zu fassen, wie etwa die Situation in Einrichtungen sei, die nicht geschlossen seien, die – der Minister habe es zu Recht gesagt – mit großem Engagement, mit großer Kreativität und lösungsorientiert, nichtsdestotrotz auf der letzten Rille versuchten, alles für die Kinder und Familien möglich zu machen.

Sie glaube, das sei der zentrale Punkt. Es gehe nicht rein um die Frage, ob die Kita aufbleiben müsse oder ob die Kita aufgrund von Infektionsgeschehen schließen müsse, sondern man müsse darauf schauen, wie es den Kindern, den Familien und wie es insgesamt dem System gehe. Niemand hätte etwas davon, wenn das System irgendwann so auf Verschleiß gefahren worden sei, dass die Erzieherinnen und Erzieher aus dem System gingen, weil sie schlicht und ergreifend nicht mehr könnten.

Das schließe an an den Punkt Thema Alltagshelferprogramm. Die Kritik sei mehrfach geäußert worden, auch durch die kommunalen Spitzenverbände, die auch nicht nachvollziehen könnten, warum die Förderkriterien für die Wiederaufnahme des Alltagshelferprogramms jetzt anders gefasst worden seien. Im Zentrum müsse doch stehen: Das System brauche Entlastung. Das sei immer der Hintergrund des Alltagshelferprogrammes gewesen. Es gebe zusätzliche Belastungen durch die Pandemie. Dafür brauche das System Entlastung.

Alles, was dieser Entlastung zuträglich sei, sollte das sein, was man in den Mittelpunkt von Förderung stelle – unbürokratisch und schnell. Wenn sich zeige, sie bräuchten in der Praxis die Aufstockungsmöglichkeiten auch für schon bereits beschäftigte Kräfte, dann sei das das, was aus ihrer Sicht handlungsleitend sein müsse.

Wenn der Minister jetzt sage, das könne man alles machen, aus den bestehenden Mitteln, die sie über das KiBiz hätten, dann sei das wieder die Mär, die der Minister hier immer wieder verbreite, dass im Grunde genommen jede Einrichtung noch frei verfügbare Mittel hätte, aus denen sie mal eben irgendetwas aufstocken könnten. Das sei so nicht der Fall. Das sei auch nicht das, worauf man sich bei der Frage des AlltagshelferInnen-Programms immer wieder habe versucht zu verständigen. Bei dieser Maßnahme gehe es nicht nur um die Frage, wie generell Entlastung ins System gebracht werden könne – auch darüber müsse man sich noch einmal unterhalten –, aber bei der Frage des Alltagshelferprogramms gehe es doch um die Frage, wie die Einrichtungen ganz konkret in dieser pandemischen Situation unterstützt werden könnten. Sie teile das Unverständnis auch der Trägerlandschaft, auch der kommunalen Spitzenverbände, warum dieses Programm nicht so ausgestaltet worden sei, wie das im Grunde genommen im Sinne der Entlastung erforderlich gewesen wäre. Das sei schade. Der Minister habe aber durchaus die Möglichkeit, das noch anzupassen.

Der Minister wiederhole immer wieder, dass es eine andere Verabredung mit den Trägern gegeben habe. Das sei richtig. Richtig sei aber auch, dass sich die Lage seitdem wieder verändert habe. Das sei das, was auch zu klarer Kommunikation, was zu verlässlicher Politik und der Landesregierung als verlässlichem Partner dazugehöre. Die Landesregierung müsse gemeinsam mit denjenigen, die es vor Ort stemmen müssten, darüber sprechen, wie man es stemmen könne, statt zuallererst immer zu sagen, man hätte aber etwas ganz anderes verabredet, es sei toll, dass man es vorher so gemacht habe. Jetzt sei die Lage eine andere. Man müsse lageangepasst reagieren, aber erst einmal müsse man da erst sehr lange zum Jagen getragen werden.

Dafür habe sie auch im Sinne der von Minister zu Recht angesprochenen klaren Kommunikation nur überschaubar viel Verständnis, weil das aus Ihrer Sicht zu klarer Kommunikation auch dazugehöre. Die Landesregierung sei ein verlässlicher Partner an der Seite von Kindern, Jugendlichen und Familien. Das müsste dann auch mit konkreten Maßnahmen hinterlegt werden. Dazu gehöre die Frage eines vernünftig ausgestalteten Entlastungsprogramms. Dazu gehöre die Frage, wie es weitergehe mit der Frage der Teststrategie. Sie sei sehr gespannt, wie das weiter ausgeführt werden solle, was das Setzen auf Tests angehe. Nach ihrer Wahrnehmung sei die Botschaft der Mehrheit der Eltern, sie wollten Bildung und Infektionsschutz in Einklang bringen. Das heiße, sie wollten, dass Betreuungsangebote, dass Schulen offen seien. Sie wollten aber, dass

alles getan werde, dass diese Orte so sicher wie möglich seien. Ein Baustein dazu seien die Tests. Das habe im Übrigen die Bundesbildungsministerin, die der Partei von Herrn Stamp angehöre, unterstrichen, dass das auch ein Baustein sei, um die Orte von Kindern und Jugendlichen so sicher wie möglich zu machen.

In diesem Zusammenhang habe sie eine Nachfrage: Alle seien etwas unglücklich über die Tatsache, dass PCR-Tests priorisiert werden müssten. Man sei in unterschiedlicher Nuancierung sicher verärgert darüber, wie die Landesregierung damit umgegangen sei, auch kommunikativ umgegangen sei. Aber Herr Minister habe zu Recht darauf hingewiesen, dass es jetzt darum gehen müsse, tatsächlich gemeinsam an einem Strang zu ziehen, dass die Menschen das auch von der Politik erwarteten, auch über die unterschiedlichen politischen Ebenen hinweg.

Die Bundesbildungsministerin darauf hingewiesen habe, Kinder, Jugendliche, pädagogisches Personal sollten in die Priorisierung mit rein. Nach den Ausführungen des Ministers, die auch richtig seien, habe man nicht ausreichend Kapazitäten. Sie frage, was die Landesregierung tue, um die Erhöhung der Kapazitäten zu unterstützen. Es nütze nichts, die Frage der Verantwortung für mangelnde Kapazitäten wie eine heiße Kartoffel hin- und herzuwerfen. Es müsse doch gemeinsame Anstrengungen geben zwischen Bund, Ländern und Kommunen, um hier möglichst kurzfristig möglichst schnell Kapazitäten erhöhen zu können, damit man in eine verbesserte Testung einsteigen könne. Auch da würde sie sich eine klare Aussage seitens dieser Landesregierung wünschen.

Marcel Hafke (FDP) erklärt, er sei dem Minister sehr dankbar, dass er in seinem Vortrag die Lage präzise eingeordnet habe und auch von dem Expertengespräch aus dem Ministerium berichtet habe. An der Stelle mache es tatsächlich Sinn, einen schriftlichen Bericht dazu zu bekommen, damit auch die Opposition noch einmal reflektieren könne und aufnehmen könne, was der Minister berichtet habe.

Josefine Paul habe es mit einem Punkt beschrieben: Die Lage habe sich verändert im Vergleich zu Delta, auch bei Omikron. Das heiße, man müsse auch die politischen Rahmenbedingungen neu sortieren und nicht mit der gleichen Aufgeregtheit in die Debatte gehen, wie das die ganze Zeit geschehe. Wenn Ärzte, Virologen und Infektiologen das skizziert hätten, was der Minister gerade dargestellt habe, müsse man natürlich fragen, welche Maßnahme welchen Effekt mit sich bringe.

Man sei in einer angespannten Situation. In der gesamten Bevölkerung, wo überall Einschränkungen hinzunehmen seien, in jedem Betrieb – auch im Parlament, man sitze nicht in voller Stärke hier –, weil es überall Einschränkungen gebe, müsse man auch zur Kenntnis nehmen, dass das bei den Kitas der Fall sei. Man werde nicht dem Wunsch nachkommen können, einen Ort zu schaffen, wo es kein Corona gebe. Wer das anders skizziere, kommuniziere an der Stelle auch nicht ordentlich.

Er habe sich eben darüber geärgert, was Dennis Maelzer alles skizziert habe, wie die Eltern agierten, kommunizierten und was sie sich alles wünschen würden. Eben habe man in einem vorhergehenden Tagesordnungspunkt über die Institutionen gesprochen, die auf Landesebene beraten würden. Ein Messgrad sei der Landeselternbeirat,

der mit den örtlichen Verbänden und Funktionären diskutiere, der explizit sage, dass die aktuelle Teststrategie der Weg sei, den man gehen könne. Viel mehr gehe auch nicht.

Das, was die die SPD mantraartig vorgetragen habe, PCR-Teststrategien auszuweiten, die Grünen sagten, man müsse mehr Kapazitäten schaffen: Da frage er, wo man denn Laborkapazitäten noch aufbauen wolle. Das seien Diskussionspunkte, die er nicht nachvollziehen könne. Der Minister habe gesagt, dass es die Frage sei, ob PCR-Tests bei Inzidenzen von über 1.500 der richtige Weg seien. Seine Heimatstadt mache PCR-Pooltests, aber nicht um die Kinder zu schützen, sondern um Sorge den Erzieherinnen und Erziehern zu nehmen. Das sei der Punkt, über den der Ausschuss diskutieren müsse, für wen man das mache, ob man mit PCR- oder Schnelltests Infektionsketten bei den Kindern unterbreche – das mache man nämlich nicht, sonst wäre die Lage nicht so, wie sie sei –, oder ob man das mache, um Erzieherinnen und Erzieher zu schützen.

Wenn man Erzieherinnen und Erzieher schützen wolle – die SPD habe ja einen nahen Draht zu Gewerkschaften –, könne man über verpflichtende Tests bei den Erzieherinnen und Erziehern sprechen. Man spreche über viele Maßnahmen. Es wäre interessant, wie die SPD sich bei solchen Sachen positioniere. Der Punkt Maske-Tragen, Eigenverantwortung: Jeder, der in einer Kita arbeite – der Minister habe mehrfach darauf hingewiesen –, wenn man als Erzieherin, Erzieher auf Erwachsene treffe, müsse man eine Maske anziehen. Wenn man mit Kindern unterwegs sei, müsse man das nicht tun. Er nehme das in den Einrichtungen, in denen er Gespräche führe, sehr differenziert wahr.

Natürlich könne sich auch jede Erzieherin, jeder Erzieher aktuell testen lassen und auch impfen lassen. Das heiße, das seien die Vorsorgemöglichkeiten, die man an dieser Stelle treffen könne. Jeder, der sage, da müsse noch mehr passieren, der müsse auch sagen, was das konkret sein solle. Er habe bei der SPD zum Teil herausgehört, dass sie sich den Forderungen anschließe – Gruppentrennungen, Stundenreduzierung und ähnliches. Er wisse nicht, ob das die Maßnahme sei, die jetzt dazu beitrage, dass die Infektionszahlen massiv runtergehen würden. Das hätten sie in den vorangegangenen Wellen auch nicht getan.

Wenn er dann im Umkehrschluss feststelle, dass Omikron für Kinder unter fünf oder sechs Jahren faktisch keine gesundheitlichen Auswirkungen habe, dann wisse er nicht, was solche Forderungen wirklich bringen würden. Er würde deshalb empfehlen, darüber zu sprechen, was man tatsächlich besser machen könne und vielleicht auch etwas mehr zu einer Ausgewogenheit zu tendieren. Er finde es richtig, was der Minister dort skizziert habe, sei ruhig und sehr sachlich. Wenn er das noch einmal an die Träger etc. und an die Erzieherinnen und Erzieher weitergebe, sei das der richtige Weg.

Einen letzten Punkt wolle er ansprechen, der in der gesamten Debatte langsam anfange, ihn zu ärgern, auch hier im Ausschuss: Man könne als Opposition die Regierung – das sei auch in Ordnung – bei allen Punkten kritisieren. Aber man habe in der Kitandscape bewusst ein geteiltes Verantwortungssystem. Es sei ja nicht so, dass der Minister und die Regierung alleine verantwortlich seien für 11.000 Einrichtungen und 18.000 Tagespflegepersonen. Tagespflegepersonen hätten eine Eigenverantwortung,

sie seien selbständig. Bei den Kitas sei es so, dass man dort auch die Verantwortung der Träger habe, der kommunalen Landschaft, die seien im Übrigen auch Arbeitgeber. Als Arbeitgeber – das sollte man als Gewerkschaftsmitglied und SPD-Abgeordneter wissen – habe man auch eine Verantwortung seinen Mitarbeitern gegenüber. Dann könnten im Übrigen die Kommunen mit einer Vorbildfunktion vorangehen und für ihre eigenen Mitarbeiter eigene Teststrategien auf den Weg bringen, eigene Schutzvorkehrungen auf den Weg bringen. Ständig nach dem Land zu rufen und ständig alles bei einem Minister abzuladen in einem System, in dem explizit mehrere Personen verantwortlich seien, das sei der Sache sicher nicht dienlich.

Man wolle ja auch irgendwann darüber sprechen, ein KiBiz weiterzuentwickeln und weiter zu verbessern und nicht ausschließlich zu sagen, das müsse das Land machen. Er hoffe nicht, dass SPD und Grüne demnächst regieren würden, sondern dass Schwarz-Gelb weitermachen dürfe. Wenn das aber doch passieren sollte, werde man genau in die gleiche Situation hineinkommen, nämlich auch von Seiten des Landes nicht alles entsprechend bewerkstelligen können. Das sei in der Kitalandschaft gedritelt. Das sei aus guten Gründen so. Er finde das auch angemessen. So sollte auch die Diskussion mit Verantwortungsteilung ablaufen.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) schickt voraus, manche Debatten eröffneten in der Tat ganz neue Sichtweisen, insbesondere der Hinweis auf das geteilte Verantwortungssystem. Das sei auf der einen Seite richtig. Aber wenn man Verantwortung teilen wolle, müsse man den Akteuren auch die Möglichkeit geben, Verantwortung zu übernehmen. Es sei doch diese Landesregierung, die festlege, wie die Rahmenbedingungen seien. Es sei diese Landesregierung, die sage, selbst wenn der Träger es wolle, selbst wenn die Eltern es mehrheitlich wollten: verbindliches Testen – verboten.

Es sei diese Landesregierung, die sage, ja, man könne Gruppentrennung machen, aber die Rahmenbedingungen würden so festgelegt, dass eine Stundenreduzierung nicht möglich sei. Wenn man von geteilter Verantwortung spreche und wenn das der Vorschlag der FDP sei, dann sollte die FDP doch mit ihrer Landesregierung die Möglichkeit dafür eröffnen, dass diese Verantwortung auch vor Ort wahrgenommen werden könne. In Wirklichkeit sei es doch etwas anderes. Die Landesregierung sage ganz genau, was vor Ort zu machen sei und was nicht zu machen sei. Es sei die Einschätzung der Landesregierung der pandemischen Situation und nicht die Einschätzung der Eltern, der Träger, der Erzieherinnen und Erzieher vor Ort.

(Marcel Hafke [FDP]: Es gibt ein Kinderbildungsgesetz!)

– Die Landesregierung gebe die Vorgaben. Da brauche man nicht zu erzählen, man würde angeblich an der Stelle die Verantwortung teilen. Es werde vorgegeben, was vor Ort stattzufinden habe und was nicht. Dann werde gesagt, Laborkapazitäten auszubauen, das würde alles nicht gehen. Die Stadt Wien mache es vor. Sie schafften mehr Laborkapazitäten als die gesamte Bundesrepublik. Von daher könnten sich da Verschiedene den Schuh anziehen, dass man da auch mehr machen könnte. Auch dieser Landesregierung würde dieser Schuh passen – abgesehen davon, dass auch von der Schulministerin gesagt worden sei, man nutze gar nicht alle Laborkapazitäten im Moment und habe das auch in der Form nicht angedacht.

Er habe im Übrigen verschiedene Fragen gestellt, die wie so oft nicht beantwortet worden seien. Er wolle der Landesregierung gerne die Gelegenheit dazu geben. Er frage, warum die Landesregierung bei der PCR-Teststrategie und beim Freitesten sage, dass es in Kitas nur auf diese eine Art möglich sei, aber an Grundschulen sei es auf die andere Art möglich. Dahinter stecke sicherlich eine große Logik, die man vielleicht auf den ersten Blick nicht erkenne. Wenn der Minister es schon in der Plenardebatte nicht gemacht habe, könnte er diese Logik doch vielleicht heute einmal offenlegen.

In der Plenardebatte habe der Minister sofort die nächste Nebelkerze gezündet. Das habe er jetzt auch gemacht mit dem Hinweis darauf, die SPD hätte überall und ausschweifend PCR-Tests gefordert. Die Forderung seiner Fraktion sei seit vergangenem Sommer – so flächendeckend wie möglich. Man habe immer gesagt, es solle an möglichst vielen Kitas auf die Agenda. Dafür müssten bürokratische Hürden abgebaut werden. Dass der Minister für seine Argumentation hart am Rand entlang schleudere, um da die Opposition zu diskreditieren, das sei vielleicht auch eine Frage der Glaubwürdigkeit, aber nicht seiner Fraktion.

Er bitte, zu einem vernünftigen System zu kommen, mit dem sowohl Kitas als auch Grundschulen leben könnten. Er bitte auch, dazu zu kommen, nicht jede Kritik sofort als Majestätsbeleidigung kopfschüttelnd abzulehnen. Als er eben vom Thema Alltagshelfer gesprochen habe, habe der Minister den Kopf geschüttelt, nein, das gehe alles. In seinen Ausführungen habe der Minister eben bestätigt, das müsste über die regulären KiBiz-Mittel passieren, nicht über das Alltagshelferprogramm. Genauso seien auch seine Ausführungen gewesen.

Wenn man jetzt den Bericht, der heute in der „Neuen Westfälischen“ gestanden habe – er bedanke sich für das Angebot, diese Problemlage gemeinsam lösen zu wollen –, lese, dann stehe darin: Das sei eine Schilderung eines Falls in Oerlinghausen. Der Träger der Kita wolle nicht genannt werden, weil er dann Ärger mit dem Familienministerium befürchte. Das sei eine Vertrauenskultur, wie sie in jüngster Zeit entstanden sei, die allen an der Stelle nicht guttue, wenn Träger zu ihrer Kritik nicht mehr stehen könnten, weil sie Ärger mit dem Familienministerium befürchteten. Dann sei das sicherlich nicht der richtige Weg. Aber er komme gerne auf den Minister zu. Man werde sicherlich einen gemeinsamen Weg der Kontaktaufnahme finden, wobei sich der Träger auch keine Sorgen machen müsse.

Frank Müller (SPD) hat noch eine Nachfrage, er frage für eine Freundin. Die Gesundheitsämter hätten unbestritten gerade große Probleme, Dinge nachzuverfolgen. Sie hätten auch Probleme, zeitnah Quarantäneanordnungen auszusprechen. Es gebe tatsächlich Situationen, dass teilweise Gesundheitsämter keine Quarantäneanordnungen aussprächen, explizit, aber dazu raten würden, Gruppen zu schließen. Rechtlich könne er das persönlich nur schwer einordnen. Vielleicht ahne der Minister schon, worauf seine Frage hinauslaufe, die man heute wahrscheinlich nicht final beantworten könne. Er bitte das Thema noch einmal mitzunehmen.

In dem Fall, in dem zeitnah keine Quarantäneanordnung für eine Gruppe oder eine Einrichtung erfolge, wo jemand von Empfehlungen spreche, weil der Sachbearbeiter quasi den amtlichen Stempel nicht draufmachen könne, dann – das könne man sich

vorstellen – bekomme eine Kita tatsächlich Probleme, weil sie Gefahr laufe, falls sie eine Gruppe mache, dass das zuschussschädlich sein könnte. Während des ersten Lockdowns habe man schon einmal darüber beraten. Da habe es seitens des MKFFI eine Klarstellung an die Landschaftsverbände gegeben, wie damit umzugehen sei. Ihn interessiere, ob dieser Arbeitshinweis oder dieser Erlass noch gelte. Es sei zumindest eine Handreichung gegeben. Er bitte klarzustellen, ob es da weiterhin zu einer entsprechenden Handhabung komme, dass es in so einem Fall nicht zuschussschädlich sei, falls man vor Ort zu einer solchen Entscheidung komme.

Er habe noch zwei Anmerkungen: Alle wüssten, dass Eltern am Rande seien. Das gelte auch für die Erzieherinnen und Erzieher, die häufig sogar Eltern seien, die also das doppelte Problem hätten. Deswegen sei die Frage Systemrelevanz, die Herr Stamp gerade angesprochen habe, keine Petitesse. Da wäre es wirklich klug, wenn man da bundesweit mit allen Ländern eine Klarheit erzeugen könne. Frau Gebauer habe auf diese Frage nicht geantwortet im Plenum, sondern Herr Laumann habe gesagt, das sei bei den Gesundheitsministerinnen und -ministern der Länder, obwohl die Bildungsministerinnen und Bildungsminister das anders gesehen hätten in ihrer Konferenz, kein Thema. Da müsse man fragen, wie alle miteinander in dem Bereich arbeiten sollten, um zu erreichen, damit man da eine gewisse Systemrelevanz schaffe. Das sei im Prinzip das Problem. Alle fühlten sich ohnmächtig. Die Eltern hätten den Anspruch, dass sie eine gesicherte Betreuung bekämen. Die Kinder hätten den Anspruch, Bildung zu bekommen. Die Erzieherinnen und Erzieher hätten Anspruch auf einen guten, nicht die Gesundheit einschränkenden Arbeitsplatz. Das könne man häufig nicht erfüllen.

Manchmal könne man die Macht des Faktischen nicht aushebeln. Wenn man Personaluntergrenzen in Kitas unterschreite – das werde im KiBiz klar geregelt –, habe man keine andere Möglichkeit, als zu den Konsequenzen zu kommen. Das bringe ihn zu einem Punkt, dass diese Regeln, auch wenn der Arbeitgeber als Träger Verantwortung habe, durchgesetzt werden müssten. In der Praxis seien Kitas nicht 45 Stunden geöffnet, sondern häufig 50 und 55 Stunden. Wenn sie dann mit den Eltern darüber entscheiden müssten, zumindest auf den KiBiz-Satz zu reduzieren, auf 45 Stunden – eine Arbeitswoche habe 39 Stunden –, dann sage die Mathematik, das komme manchmal mit Dienstplänen nicht zueinander. Er wolle das Problem nur beschreiben. Man müsse die Dienstpläne ja übereinander bekommen, wenn man als Träger zu der Entscheidung komme, man mache Gruppentrennung, nicht weil man damit die Omikron-Welle aufhalte, sondern weil man versuche, die Kurve flacher zu halten, damit man nicht zu viele Ausfälle auf einmal habe.

Er könne es für seinen Träger als Beispiel sagen. In der letzten Woche sei 20 % des Personals nicht mehr verfügbar gewesen. Von 24 Einrichtungen sei nur noch eine regulär geöffnet gewesen. Das sei ein Fakt, den suche man sich nicht aus. Das Bestreben sei ja, die Ausfälle so gering wie möglich zu halten beziehungsweise die Ziehharmonika weiter auseinanderzuziehen, damit die Betreuung gewährleistet werden könne. Er habe die Äußerung von Herrn Maelzer im Blick. Es gehe nicht darum, den Eltern Stunden wegzunehmen oder zu sagen, man wolle die Eltern alleine lassen mit ihrem Betreuungsanspruch, sondern es gehe darum, verbindliche klare Regeln zu haben, wie man genau das vereinbaren könne, dass möglichst wenig Ausfälle in Kitas

entstünden, damit man genau das Bildungs- und Betreuungsversprechen auch einlösen könne, das man gebe. Das müsse vor Ort eingelöst werden. Das mache man ja nicht von hier aus, insofern sei man sehr privilegiert. Darum gehe es nur. Es gehe auch gar nicht um irgendwelche wilden Angriffe oder Fantasien, man wolle Kitas schließen, sondern schlichtweg um die Praktikabilität und damit umgehen zu können.

Wenn man als Träger punktuell zu einer solchen Entscheidung komme und sage, man müsse dann auf den KiBiz-Satz runtergehen, obwohl man eigentlich 50/50 habe, dann laufe man immer Gefahr, dass der örtliche Träger, das Jugendamt sage, dann sei Schluss mit der Förderung für erweiterte Öffnungszeiten, die habe man nur unter der Bedingung bekommen, 47 Stunden zu öffnen. Das sei schlichtweg ein Problem, wobei Verantwortlichkeiten manchmal kollidieren würden mit den Regeln. Er wolle dafür ein Stück weit sensibilisieren, um das abzuschichten. Da gebe es auch Zusammenhänge, die man nicht so einfach ignorieren könne in der Handhabung des Kitabetriebs vor Ort.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI) führt aus, er wisse nicht, ob seine Ausführungen jetzt noch eine weitere Debatte provozieren würden. Herr Dr. Maelzer habe PCR-Pooltestungen gefordert im Herbst. Das sei aber Schnee von gestern. Das sei die Entscheidung von Herrn Maelzer, ob er seine eigene Glaubwürdigkeit einmal selbstkritisch einordne.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Unterirdisch. Das ist eines Ministers nicht würdig!)

Man vertue sich doch nichts, wenn man an einer Stelle klar sage, dass man sich geirrt habe. Es sei gefragt worden, warum nicht weiter aufgebaut werde, Wien sei angesprochen worden. In der Konsequenz müsste Herr Maelzer eigentlich den Rücktritt des Bundesgesundheitsministers fordern, was nicht sein Ansinnen sei. Es fehlten nicht die Reagenzien, die Stoffe, es fehlten auch nicht die Gläschen; es fehle das Personal, das in der Lage sei, das entsprechend weiter zu analysieren. Da gebe es Grenzen. Warum die das in Österreich anders hinbekämen, wisse er nicht. Er sei aber auch kein Gesundheitspolitiker.

Jetzt sei man sowieso in der Situation, dass in den bildungspolitischen Häusern momentan überwiegend Gesundheitspolitik gemacht werde. Das sei übrigens auch ein Punkt, warum letztendlich alle, die in dem Bereich tätig sein, in allen Ländern überall am Pranger stünden, weil man Managementdinge regeln müsse, auch aus den Häusern heraus, wofür die Mitarbeiterschaft eigentlich gar nicht ausgebildet sei. Das seien teilweise Managementaufgaben im Gesundheitsmanagement, wofür es andere Experten gebe. Das werde in anderen Ländern nicht anders sein.

Die Gesundheitsämter müssten die Kontaktnachverfolgung wahrnehmen, die Impfstellen aufbauen. Sie seien bis zum Anschlag ausgelastet. Der Bereich Testen sei delegiert worden in den Bildungsbereich. Das sei in den anderen Ländern auch so. Deswegen habe man da jetzt den Schwarzen Peter, wenn bestimmte Umstellungen erfolgten, die zunächst einmal für jeden noch nicht sofort nachvollziehbar seien. Er wolle versuchen, das zu erklären, auf der Basis dessen, was die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geschildert hätten.

Die PCR-Tests seien bei Omikron nicht mehr das bessere Mittel. Sie zeigten über einen viel längeren Zeitraum die Infizierung an, während Personen schon gar nicht mehr infektiös seien. Das heiße, die hochsensiblen Antigentests, die es gebe, seien in der Sache präziser.

Dr. Maelzer habe die Frage PCR-Pool und PCR-Freitesten angesprochen. Die PCR-Pooltestung liege in der Verantwortung der Kommunen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Sie haben es selber in Ihren Bericht reingeschrieben. Das ist rechtlich nicht sicher!)

Man habe angeboten, ins Landesregime überzutreten. Umgekehrt habe man nachgefasst. Es gebe auch Fragen, die man gegebenenfalls im Gesundheitsausschuss noch mal stellen müsse. Das Haus habe mit allen Kommunen nachgefasst, man habe per Mail nachgefragt nach Störanzeigen, verbunden mit dem Angebot, in das Landesprogramm umzusteigen. Im persönlichen Dialog der Fachabteilungen mit den Kommunen sei nachgefragt worden, ob es Problemanzeigen gebe, ob man daran festhalte. Man habe angeboten, in das Testregime zurückzukommen.

Um vor Ort nicht weitere Verunsicherungen zu schaffen, obliege es den Kommunen, zurückzukehren in das Landesregime oder weiter in eigener Verantwortung sicherzustellen, dass es nicht zu den Verzögerungen beim Freitesten komme.

Dass Erzieherinnen und Erzieher in verschiedenen Einrichtungen sagten, sie könnten nicht mehr, ja, das sei so. Das sei auch der Pandemiesituation geschuldet. Das sei auch damit geschuldet, dass man eine Quarantänisierung habe, die angesichts der Krankheitsschwere möglicherweise nicht notwendig wäre. Aber es sei die verabredete Strategie von Bund und Ländern gewesen zu sagen, dass man die Omikron-Infektionswelle soweit flachhalten wolle, dass man mit der kritischen Infrastruktur nicht in Bedrängnis komme. Ungefähr Mitte Januar sei die Erkenntnis gekommen, dass die Krankheitsverläufe bei Omikron vermutlich deutlich harmloser sein würden, als das vorher bei der Delta-Welle der Fall gewesen sei.

Vor allem habe man ein Problem für Ungeimpfte, vor allem für ungeimpfte ältere Menschen. Darum gehe es im Moment. Das seien die, die betroffen seien. Da sei die Menge quantitativ immer noch zu hoch, um es jetzt schon komplett laufen lassen zu können wie in Dänemark. Trotzdem werde es jetzt schrittweise passieren müssen. Man habe bewusst geguckt, dass man nicht in die Situation komme, dass die kritische Infrastruktur betroffen sei. Deswegen gebe es auch die starken Quarantänisierungen, die von den Gesundheitsämtern ausgesprochen würden. Das habe in der Folge dann zu Personalausfall on top zu den Krankheiten geführt, die im Winter sowieso seien, was dann für die KITAS Schwierigkeiten bereitet habe.

Insgesamt habe es die Situation gegeben – er wolle jetzt nicht die ganze Diskussion wieder aufmachen –, dass es vorher eine Unterfinanzierung im KiBiz-System gegeben habe, die man gemeinsam mit den Kommunen aufgefangen habe. Jetzt würden die zusätzlichen Mittel ins System gegeben. Dadurch sei die Situation verbessert worden. Man habe aber gleichzeitig noch einen Personalmangel. Deswegen sei es sein Anliegen, dass man alles, was man mache, so ausrichte, dass man zusätzliche Kräfte für das System gewinne. Deswegen seien die Dinge so angelegt worden, wie man sie

angelegt habe. Trotzdem – das sei bekannt – gebe es von den Trägern auch nicht verausgabte Mittel im pädagogischen Bereich, wo frühzeitig per Erlass klargestellt worden sei, dass die auch zur Aufstockung von vorhandenem Personal genutzt werden könnten. Jetzt sei es nicht so, dass das Ministerium auf irgendeinen Träger Druck ausübe, sich irgendwie zu verhalten. Das machten die auch gar nicht. Es gebe Träger, die schrieben fröhlich Kitahelfer-Anzeigen rauf und runter, die wahrgenommen würden, die entsprechende Leute fänden. Es gebe zig Träger, die ohne Probleme zum Teil in beleidigendem Ton ihm Dinge an den Kopf werfen würden, worauf er überhaupt nicht kritisch reagiert habe. Es gehöre in einer freien pluralen Gesellschaft dazu, dass sich alle Akteure so äußern könnten, wie sie das für richtig und angemessen hielten. Dass es einen Druck gebe, dass irgendein Träger Probleme mit dem Ministerium bekomme, das gebe es nicht.

Jetzt werde man sich genau angucken, warum diese Aufstockung nicht habe stattfinden können. Das werde man sehen. Im Übrigen sei der freien Trägerszene, auch den Kirchen von vornherein bei der KiBiz-Reform zugesagt worden, dass es ein Monitoring gebe, dass es eine fortlaufende Evaluierung gebe – die politische Bemerkung könne er sich jetzt nicht verkneifen –, damit es nicht wie unter sieben Jahren Rot-Grün nicht die notwendige Anpassung gebe, sondern dass man genau hinschaue und wenn hier entsprechende Anpassungen notwendig seien, dass man diese Anpassungen auch entsprechend vornehme.

Vorhin habe noch im Raum gestanden, ob man die Teststrategie unmittelbar verändere, was die anlasslosen Tests angehe. Nein, er werde in dem Schreiben an die Eltern klar herausstellen, dass man das Testen fortsetzen müsse, aber dass man unter der Bedingung, dass Omikron ... Man wisse nicht, ob noch eine andere Variante komme, dann stünde man wieder vor neuen Herausforderungen, dann werde man wieder neue Antworten geben müssen. Aber man könne nicht dauerhaft ignorieren, dass Omikron bei unter-Fünfjährigen quasi zu überhaupt keinem schweren Verlauf führe und bei Geimpften und Geboosterten – ab Fünf könne man sich impfen und perspektivisch auch boostern lassen – auch nicht zu schweren Verläufen. Das könne er nicht ignorieren und dann Dinge fortsetzen, von denen die Wissenschaftler sagten, perspektivisch sei das nicht mehr sinnvoll.

Man sei jetzt auf einem Infektionszahlenniveau insgesamt – mit der dreifachen Testung zuhause, manche Kommunen machten es anders mit den PCR-Test. Bei dem Landesregime von den drei in der Woche zum jetzigen Zeitpunkt in der Woche abzugehen, wäre verfrüht. Auch er werde daran appellieren. Im Übrigen sei das die Rückmeldung, die er aus den Kitas habe, dass die Tests mitgenommen würden und dass das eine konsequente Anwendung sei, weil alle wüssten, dass sie damit zur Stabilität der Kita selbst beitrügen.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) betont, er sei wie immer auch konstruktiv unterwegs und habe nur das aufgreifen wollen, was Marcel Hafke eben zur PCR-Teststrategie in den Kommunen gesagt habe. Er habe gesagt, seine Kommune mache es anders. Da würden keine PCR-Tests notwendig werden nach einem positiven Pool. Man habe auch im WDR gehört, dass das andere Kommunen auch so machten.

Der Minister habe in seinem Bericht geschrieben – er zitiere –:

„Im Falle eines positiven Ergebnisses eines PCR-Pooltests gilt weiterhin, dass die betreffende Person das Betreuungsangebot bis zum Vorliegen eines negativen Ergebnisses eines PCR-Tests nicht besuchen darf.“

Er bitte, auch für die Heimatstadt von Marcel Hafke und für die anderen, die es auch so machten, Rechtssicherheit zu schaffen. Wo kein Kläger, da kein Richter. Das sei jedenfalls nicht der Anspruch, den er an eine Regierung habe. Das möge vielleicht ein Sprecher so sehen. Er glaube, es würde die Sicherheit auf allen Seiten erhöhen, wenn der Minister da eine Klarstellung vornehmen würde. Diese Idee habe er dem Minister schon in der Plenardebatte mit auf den Weg gegeben. Es wäre schön, wenn das auch gemacht würde – nicht, weil es seine Idee sei, sondern weil es den Kommunen wirklich helfen würde.

Frank Müller (SPD) wirft ein, eine Frage sei noch unbeantwortet mit Blick auf die Klarstellung von Quarantäneempfehlungen, wie die Träger damit umgingen – Zuschuss-schädlichkeit.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI) stellt heraus, die gute Nachricht zum Schluss: Klare Ansage an die Träger in Nordrhein-Westfalen: Man finanziere durch von Seiten der Landesregierung. Man sei mit den Kommunen im Gespräch, dass es das Signal auch von der Seite gebe. Seitens der Landesregierung sei es klar.

(Frank Müller [SPD]: Auch in Richtung Landschaftsverbände dann?)

– Ja!

Vorsitzender Wolfgang Jörg merkt an, man könne hier im Ausschuss jede Frage stellen, das sei auch gut und richtig so. Die Landesregierung könne auch antworten, was sie wolle.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI) kommt auf die Frage von Frau Dworeck-Danielowski zurück, wie die spezifischen Erkrankungen bei denen seien, die hospitalisiert seien. Die Abgeordnete habe eine relativ kleine Zahl genannt. Da sei es um die Todesfälle gegangen.

(Iris Dworeck-Danielowski [AfD]: Die Intensivfälle!)

– Die Intensivfälle gucke man sich auch an. Da habe man häufig die Situation, dass es Falschmeldungen gebe, die nachher zurückgenommen würden. Er habe sich das zu unterschiedlichen Zeitpunkten angeguckt. Das Gros seien Frühchen, die aufgrund der frühen Geburt auf der Intensivstation seien, bei denen dann in der Überprüfung zusätzlich eine Coronainfektion festgestellt werde. Oder es seien kleine Kinder, bei denen man eine besondere Vorsicht walten lasse. Aber in der Praxis gebe es de facto keine dramatischen Verläufe bei kleinen Kindern.

6 Handhabung der praxisintegrierten Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin in den Berufskollegs in Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion)*

Bericht
der Landesregierung

Vorlage 17/6412

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 17/6412 zur Kenntnis.

gez. Wolfgang Jörg
Vorsitzender

11.04.2022/12.04.2022
10